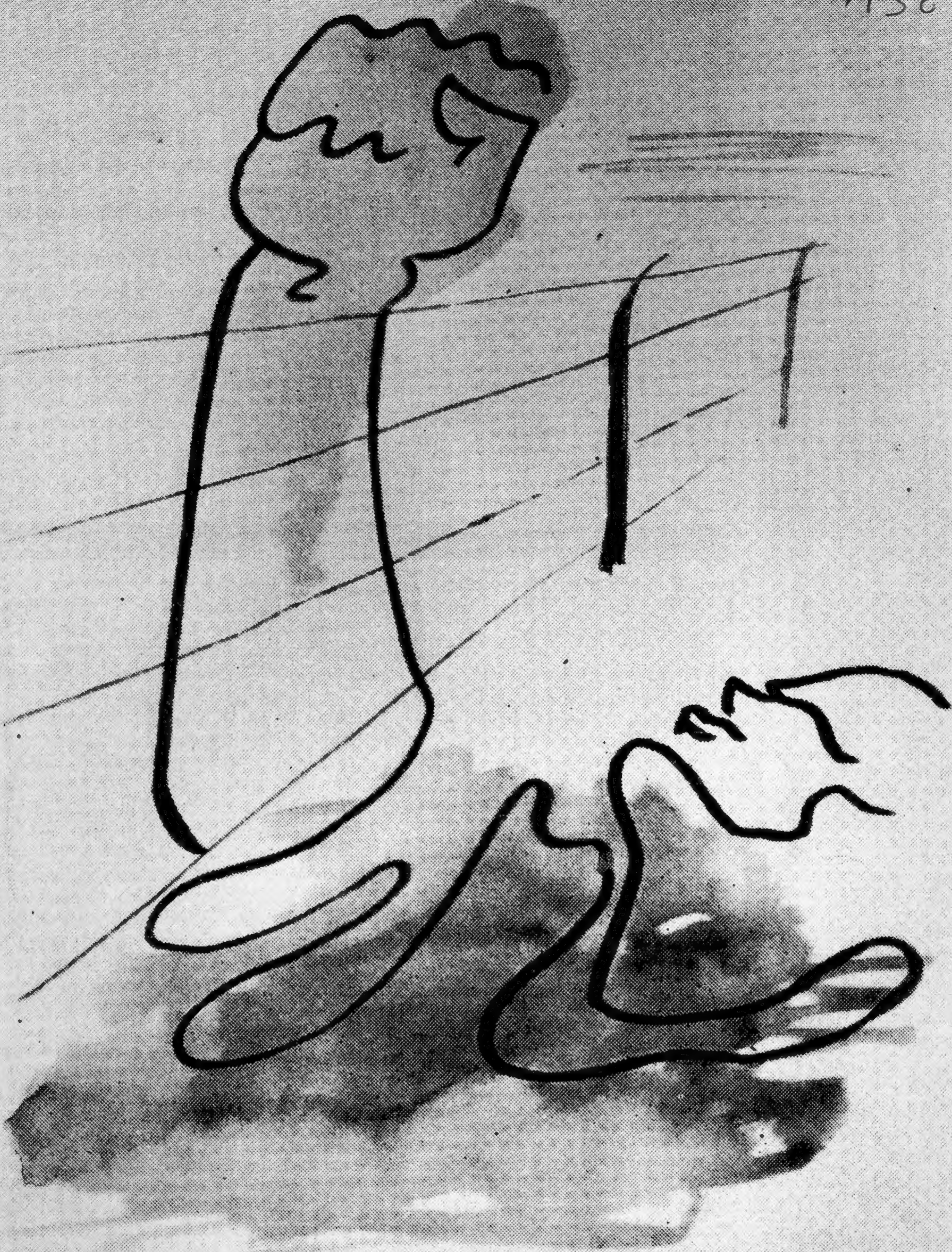


130

10. Ausgabe
August/
September 1991
2,- Mark



Rechte Sekten

**Rechtsextremismus
und Gewaltbereitschaft**

**Neonazis
entdecken Buchenwald**

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND

Inhalt

Rechtsextremismus in der ehemaligen DDR	Seite 3
Neonazis entdecken Buchenwald	Seite 4
Polacek Prozeß	Seite 5
Rechtsextremismus und jugendliche Gewaltbereitschaft	Seite 6
Externsteine als neuheidnische Kultstätte	Seite 9
Rechtsxtremes Stammestreffen in Norddeutschland	
Keine Ruhe um "Unitarier"	Seite 11
Rudolf Steiner - Freund der Menschen	Seite 12
EOC: Anthroposoph und Neofaschist	Seite 14
"Lebensschützer" in Osnabrück und anderswo...	Seite 15
Familienidylle im Nationalsozialismus - Ein Nest des Widerstands?	Seite 16
Eröffnung eines der letzten großen NS-Prozesse in Stuttgart	Seite 17
Weinlage "Endlösung"	Seite 18
"Deutscher Nationalkongreß" verlegt	Seite 19
Wunsiedel - Bayreuth - 91	Seite 20
Biographie eines Neonazi: Michael Kühnen	Seite 21
Günter Deckert-	
Der lange Aufstieg zum NPD-Bundesvorsitzenden	Seite 23

Impressum

Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Auflage: 2000
Druck: Eigendruck
Tel. 0511/ 34 10 36
Satz und Layout: R.Simon & H. Philipp
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön,
Lisa Böhne, Winfried Holzinger,
Alfred Klose, Jürgen Trittin,
Dorothea Vogt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Schwerpunktmäßig beschäftigen wir uns in der vorliegenden Ausgabe des Rechten Randes mit "religiösen Gruppen" und deren völkisch-rassistischem Hintergrund. In der November-Ausgabe werden wir diesen Themnpomplex fortführen u.a. mit Artikeln zur Funktion rechtsextremer Sekten in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik, zur Partei "Neues Bewußtsein" und der "Ahnengedenkstätte Hilligenloh" in Niedersachsen. An weiteren Beiträgen sind wir interessiert, bitten aber darum, den Umfang vorher mit uns abzustimmen.

Ein längerer Beitrag des hannoverschen Sportsoziologen Gunter Pilz setzt die Auseinandersetzung um die Ursachen von Rechtsextremismus/Neofaschismus fort und soll zu weiterer Diskussion anregen.

Hinweis: Von der nächsten Ausgabe an, werden wir den Versand des Rechten Randes aus Kostengründen auf den Post-Zeitungsvertrieb umstellen, d. h. er kommt ohne Briefumschlag ins Haus. Sollte der Wunsch bestehen, den Rechten Rand weiterhin "verpackt" zu beziehen, bitten wir um Benachrichtigung.

LeserInnenbriefe

Zum Artikel "Keine Antwort ist auch eine Antwort!" von Hein Brand in "Der Rechte Rand", 11. Ausgabe, S. 12

Bemerkenswert an dem Artikel von Hein Brand finde ich nicht, daß der Verfassungsschutz angeblich kaum Infos über die rechtsextremen Zeitschriften "wir selbst", "Junge Freiheit" und "Europa" hat, weil, wie der Autor vermutet, CDU/CSU-Autoren dieser Zeitschriften nicht in Verlegenheit gebracht werden sollen.

Bemerkenswert finde ich, daß H. Brand, dessen Artikel ja auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsabgeordneten H. Däubler-Gmelin basiert, scheinbar garnicht merkt, welches Eigentor er mit dieser Bewertung fabriziert. Bemerkenswert ist nämlich, daß er zwar das FDP-Mitglied Detlef Kühn als Autor in der Zeitschrift "wir selbst" ausmacht, die geballte SPD-Autorenschaft in der gleichen Ausgabe (3-4/91) aber übersieht: Wolli Herber, Herbert Ammon und Peter Brandt.

Bemerkenswert, weil Herber und Ammon dort nicht das erste Mal als Autoren auftauchen.

Bemerkenswert, weil auch Theodor Schweisfurth (SPD) fehlt oder Peter Glotz ("Europa" 3/90 "...mit freundlicher Genehmigung..."). Wäre für die SPD-Genossin schon peinlich geworden, wenn Staatssekretär Neusel tatsächlich "Erkenntnisse" abgeliefert hätte.

Neben der Tatsache, daß diese SPD-Mitglieder eine rechtsextreme Zeitschrift hoffähig machen, hätte auch noch herauskommen können, daß Ammon, Brandt und Schweisfurth seit Anfang der 80er Jahre mehrere von Nationalrevolutionären ausgehende Initiativen unterstützt haben. Als ein Beispiel sei die von Ammon und Schweisfurth mit Rechtsextremisten wie Wolfgang Strauss, Wolfgang Venohr und Wolf Schenke (u.a.) unterzeichnete Erklärung "Den Frieden retten, Deutschland vereinen" erwähnt, die am 3.2.84 in der "Frankfurter Rundschau" veröffentlicht wurde. Verantwortlich für diesen Appell zeichnete Sven Thomas Frank, damals Mitglied in "Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation (SdV/NRAO), heute Mitglied im Berliner Landesvorstand der "Republikaner".

Es hätte herauskommen können, daß Theodor Schweisfurth Mitglied des "Neuen Deutschen Nationalvereins" (NDNV) ist, in dem sich Rechtsextremisten wie Hermann von Berg ¹⁾, Rolf Schlierer ²⁾, Ulrich Wlecke und Hans Hausberger ³⁾ tummeln.

Bleibt das Ex-MdB der "Grünen" und "Friedensforscher" Alfred Mechttersheimer als weiterer "linker" Autor in "wir selbst" (1/91): Er nahm an mindestens einer Mitgliederversammlung des "Arbeitskreis für Landesverteidigung" (AfL) teil, in dem Rechte, Militärs und Geheimdienstler Politik machen und der Verbindungen zur neofaschistischen Bündnisorganisation "Volksbund Deutscher Ring" (VDR) hat. Einer der Köpfe der AfL ist der REP-Funktionär Günter Poser. Die rechtsextreme Zeitschrift "Junge Freiheit" überraschte Mechttersheimer mit einem Glückwunsch zu deren 5-jährigen Bestehen, in dem es heißt (Auszug):

"... ist eine interessante Lektüre, weil sie zeigt, wie scheuklappenhaft und tabubeladen die vorherrschende Berichterstattung und Kommentierung in den deutschen Medien sind. Als Anhänger des Nationalpazifismus gefällt mir, daß sie die nationalen Fragen offen behandeln. (...) Entscheidend ist die Wertekombination, bei der deutsch eine enge Verbindung mit einem neuen Denken eingehen sollte. (...) ...erhoffe ich mir eine positive Entwicklung der JUNGEN FREIHEIT, die schon bisher einen Beitrag zur Befreiung vom 'Nationalen Komplex' der Deutschen geleistet hat."

Ich hoffe, daß H. Brand die SPD-Autorenschaft tatsächlich übersehen hat und nicht politische Rücksichten dabei eine Rolle spielen.

P. Klimann

¹⁾ von Berg referierte neben A. v. Thadden auf dem Kongreß der "Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) im Juni 90.

²⁾ Schlierer ist stellv. Bundesvorsitzender der REP und Vorstandsmitglied des NDNV.

³⁾ Hausberger war Gründungsmitglied des neofaschistischen "Ring freiheitliche Studenten" (RfS) und ist Vorsitzender der REP-nahen "Carl-Schurz-Stiftung", Wlecke 2ist dort sein Stellvertreter und Schatzmeister des NDNV.

Dr. Christoph Butterwegge

Rechtsextremismus in der ehemaligen DDR:

Späte Rache des SED-Regimes oder Randerscheinung der sozialen Umbruchsituation?*

Fast täglich werden in der ehemaligen DDR Ausländer/innen brutal zusammengeschlagen. Überfälle auf polnische Grenzgänger, Flüchtlingslager und sowjetische Militäreinrichtungen häufen sich, seitdem Deutschland wiedervereinigt wurde. In Halle, Leipzig und Dresden, das sich zur Hauptstadt der neuen "Bewegung" entwickelt, terrorisieren Skinheads ganze Stadtviertel, und Neonazi-Aufmärsche werden nicht mehr verboten, sondern von der Polizei geschützt. Wo bis vor kurzem ein staatlich verordneter, weitgehend zur Routine und zum bloßen Ritual erstarrter Antifaschismus herrschte, macht sich ein überaus aggressiver Rassismus/Rechts-extremismus breit.

Erschreckend ist weniger die Tatsache, daß physische Gewalt, Straßenschlachten und Terroranschläge wieder zum Repertoire einer politischen Minderheit gehören, als die Akzeptanz solcher Erscheinungen durch große Teile der Bevölkerung. Immer häufiger treffen Ausschreitungen auf Gleichgültigkeit, rufen sogar Zustimmung hervor. Im "Beitrittsgebiet" gibt es eine neue Burschenherrlichkeit, und Parteien wie die REPUBLIKANER oder die "Deutsche Alternative" finden bei ihren Propagandakampagnen und dem Versuch, Mitglieder zu rekrutieren, wachsende Resonanz. Im Westen Deutschlands hingegen scheint der Höhepunkt eines Aufschwungs rechtsextremer Gruppierungen überschritten. Die "Wende" in der DDR und die Vereinigung entzogen der REP-Erfolgsreihe mit sensationellen Mandatsgewinnen bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus bzw. zum Europaparlament im Januar/Juli 1989 offenbar den Boden. Ein Hauptthema rechtsextremer Propaganda ging verloren, als CDU/CSU, FDP und SPD, denen man bis dahin "nationalen Verrat" vorgeworfen hatte, nicht ohne Pathos die deutsche Einheit betrieben. In Westdeutschland befindet sich der Rechtsextremismus gewissermaßen im Wartestand, in Ostdeutschland marschiert er, weil die ökonomischen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen für seine Entwicklung zum Sammelbecken der "Anschlußverlierer/innen" günstig sind. Die deutsche Wiedervereinigung war für den Rechtsextremismus ein historisches Schlüsselereignis, das ihn verunsichert, eine Orientierungskrise und Strategiedebatten ausgelöst hat. Die extreme Rechte orientiert und gruppiert sich gerade um. Nicht mehr defensiv, vorsichtig und im Bündnis mit dem Nationalkonservatismus, sondern aggressiv, militant und selbstbewußter als bisher soll versucht werden, im Westen eine "zweite Revolution" und im Osten eine "zweite Etappe der Wiedervereinigung" (Arno Klönne) herbeizuführen. Welche Strategien und Organisationsstrukturen in diesem Zusammenhang bestimmend sein werden, ist noch nicht klar erkennbar, soviel jedoch ist gewiß: Der Faschismus alter Männer ist für immer tot, der Rechtsextremismus, mit dem sich die Linke unseres Landes fortan auseinandersetzen muß, sehr viel jünger, dy-

namischer und gefährlicher. Statt geistig-politischer Onanie, Hitler-Nostalgie und Schwelgen in deutschümelnder Volksgemeinschaftsideologie wird die extreme Rechte einen Neofaschismus der Tat hervorbringen, mit einer offensiven Ausrichtung, "gesamt-europäischen" Expansionsplänen und Weltmachtambitionen. Das Ost-West-Gefälle rechtsextremer Gewalt in Deutschland hat nicht zuletzt mit dem Wohlstandsgefälle zwischen beiden Landesteilen zu tun. Auch in dieser Hinsicht werden sich die Verhältnisse nicht sofort "normalisieren" und völlig angleichen; läßt der konjunkturelle Aufschwung im Osten länger auf sich warten als die Rezession im Westen, führt diese Ungleichzeitigkeit der Entwicklung wahrscheinlich zu einer Krise des politischen und Parteiensystems. Die gesamte Linke, nicht nur Sozialismus jedweder Art, ist durch das SED-Regime, den Stalinismus und Stasi-Absolutismus für längere Zeit diskreditiert. Aber auch die parlamentarische Demokratie hält bei weitem nicht, was man sich nach verheißungsvollen Worten des Bundeskanzlers ("Vielen wird es besser, keinem schlechter gehen") davon versprach. Wohin wird sich die Bevölkerung der ehemaligen DDR wenden, falls ihr Wunsch nach einer Steigerung des Lebensstandards nicht bald in Erfüllung geht? Die Menschen wissen nicht, wer glaubwürdig ist und sie bei der Lösung ihrer Existenzprobleme sowie im Kampf gegen die Wirtschaftsmisere unterstützt. Daher rücken nicht nur gesellschaftliche Randgruppen, sondern vor allem Jugendliche nach rechts. Der Sprung aus einem spießbürgerlich-langweiligen, aber die Grundversorgung und soziale Sicherheit seiner Bürger/innen gewährleistenden Staat in die schnellebige Leistungs-, Konkurrenz- und Ellenbogengesellschaft der Bundesrepublik gelingt bloß wenigen. Überall lauern Geschäftemacher, Glücksritter und kleine Ganoven, die unerfahrenen "Ossis" das Fell über die Ohren ziehen. Wo eine dieser Aufbruchstimmung vergleichbare Goldgräbermentalität herrschte, sind (meistenteils für radikale Heilslehren empfängliche) Minderheiten auf der Strecke geblieben. An die Stelle einer Überpolitisierung im SED-Staat tritt eine Entpolitisierung, begleitet von geistig-kultureller Verödung: Videotheken,



Sex-Shops, Massagesalons, Spielhallen und Sonnenstudios schießen wie Pilze aus dem Boden, während Bibliotheken, Theater, Kulturvereine, Kindergärten und Jugendklubs für immer schließen. Jugendliche suchen nicht nur Arbeits- und Lehrstellen, sondern auch nach einem Lebenssinn. In der früheren DDR gibt es eine gesellschaftliche Sinnkrise: Was gestern richtig war, ist heute verpönt, was gestern noch streng verboten war, kann morgen schon Recht und Gesetz sein. Rechts-extremisten und Neofaschisten machen sich zunutze, daß gegenwärtig eine "Umwertung aller Werte" stattfindet, und ziehen Vorteile aus der Rat- bzw. Orientierungslosigkeit jener Menschen, die dem Systemwechsel psychisch nicht gewachsen, sondern erstmals nach vier Jahrzehnten von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und neuer Armut bedroht sind. Rechtsextremismus/Rassismus erzeugte das SED-Regime, indem es die Verdrängung eigener Schuld zuließ, statt wirkliche Vergangenheitsbewältigung, Aufklärung über die Ursachen des Nationalsozialismus und Selbstkritik zu praktizieren. Die DDR war eine monokulturelle Gesellschaft: Ausländer wurden nur in geringer Zahl, im Rahmen von Solidaritätsveranstaltungen für nationale Befreiungsbewegungen, in Arbeitsbrigaden der "sozialistischen Bruderländer" und ghettoartigen Wohnheimen geduldet. Bei Angriffen auf Dunkelhäutige, "Rote", Homosexuelle und Langhaarige entlädt sich aber neben der Verbitterung über im bürokratisch-administrativen Realsozialismus erlittenes Unrecht und Privilegierung einer Funktionärsclique auch der Frust über die Perspektivlosigkeit im marktradikalen Brutalkapitalismus der wirtschaftlichen Hegemonialmacht Westeuropas.

Der Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeits-, Wohnungs- und Immobilienmarkt führt beinahe zwangsläufig zur Vereinzelung, Vereinsamung und Verrohung vieler Menschen, die gewohnt waren, "von der Wiege bis zur Bahre" in kollektive Arbeits- und Lebenszusammenhänge, Familien- und Nachbarschaftsbeziehungen eingebunden zu sein. Liberalität und individuelle Freiheit erweisen sich als größte Herausforderung ihres Lebens, deren Bewältigung persönliches Geschick und Anpassungsvermögen erfordert. Für manchen DDR-Bürger bezeichnet die "Wende" 1989/90 nicht nur eine histori-

sche Zäsur, sondern auch einen Knick in der eigenen Biographie, die dadurch außer Kontrolle zu geraten droht. Rauschmittel, Drogensucht und religiöse Sekten sind genauso auf dem Vormarsch wie die extreme Rechte. Die deutsche Einheit kostet Staat und Steuerzahler viel Geld, das für sozial- und beschäftigungspolitische Maßnahmen fehlt. Multikulturelle Vielfalt, die eine materielle Basis braucht, wird noch mehr erschwert. Wenn man in der Bundesrepublik wirtschaftlich "kleine Brötchen backen" muß, wächst die Gefahr, daß einflußreiche Gruppen der Gesellschaft nach Sündenböcken suchen und großdeutscher Nationalismus erneut als ideologischer Kitt für ökonomische Krisenperioden dient. Zwar hat es anlässlich der Wiedervereinigung von DDR und BRD keine Fackelzüge gegeben, war der "Nationalrausch" (Wolfgang Herles) kurz und harmlos, wenn nicht gar germanisch unterkühlt, für immer überwunden ist die Reichsidee jedoch keinesfalls.

Rechtsextremismus und Neofaschismus sind weder eine späte Rache des SED-Regimes noch eine "Randerscheinung der Umbruchsituation", wie Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) meint, sondern Resultat des Zusammenstoßes zweier Gesellschaften in einem Staat, der tiefgreifender Reformen bedarf. Daher hat die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik ihre Bewährungsprobe noch vor sich: Die Vollendung des EG-Binnenmarktes 1992/93 mit seiner durch Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit verstärkten Konkurrenz einerseits, die Auflösungstendenzen der Sowjetunion und Millionen Menschen in Südosteuropa, die auswandern wollen, um ihren Wunsch nach einem höheren Lebensstandard zu verwirklichen, andererseits werden dafür sorgen, daß vorläufig keine Änderung der prekären Situation erfolgt.

Das Problem des Rechtsextremismus/Rassismus bleibt vielmehr schon wegen der im

Vereinigungsprozeß auftretenden Brüche und Widersprüche akut: Der ostdeutsche Neonazismus wird fortexistieren und sich weiter radikalisierten, es sei denn, die sozialen Gegensätze würden eingeebnet, Wohnungsnot und Massenarbeitslosigkeit beseitigt, die leichtfertigen, zumindest vorschnellen Wahlversprechen der Bonner Politiker eingelöst und die Hoffnungen vieler Menschen auf westlichen Wohlstand in absehbarer Zeit erfüllt.

*Vgl. hierzu auch: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hrsg.), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie?, 2. Aufl. Bremen/Berlin (Linksdruck/Steintorverlag) 1991

Zur Person: Dr. Christoph Butterwegge M.A., ist Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen

Dr. Ulrich Schneider

Neonazis "entdecken" Buchenwald

Eine Gruppe Skinheads trifft sich auf dem Ettersberg. In deutlich provokativer Manier marschieren sie durch das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald und das Museum, einzelne verewigen sich mit entsprechenden Sprüchen im Besucherbuch. Beim Abmarsch pöbeln sie auf dem Parkplatz der Gedenkstätte ausländische Besucher an.

Noch beschreibt dieses Szenariums nicht die Alltagsrealität. Doch seit dem Frühjahr diesen Jahres tauchen regelmäßig an Wochenenden Gruppen von Neonazis in martialischer Kleidung, mit Aufnähern "Ich bin stolz Deutscher zu sein" und Reichskriegsflagge, in Bomber-Kleidung und Springerstiefeln in der Gedenkstätte auf. Sie kommen aus Westberlin, Dresden, Hannover, Leipzig und Dortmund, wie eine willkürliche Sichtung der Autokennzeichen zeigt. Es sind also nicht allein frustrierte Jugendliche der Umgebung, die die "Stätte des verordneten Antifaschismus" und Selbstverständnisses der ehemaligen DDR mit neuen Augen sehen wollen, wie erste sozialpädagogisch orientierte Erklärungsansätze vermuteten.

Vom 18.-20. Mai fand "im Raum Weimar" das 38. Pfingstlager des Bundes heimattreuer Jugend (BhJ) statt. Es stand unter der Überschrift: "Deutschland, einig Vaterland"!? Dem Vernehmen nach sollte auch der Gedenkstätte Buchenwald ein "Besuch" abgestattet werden. Daß dies nicht aus Interesse an einer ehrlichen Aufarbeitung der Geschichte geschehen sollte, muß vom Charakter der Organisation her nicht ausführlich begründet werden.

Darüber hinaus sind Äußerungen von Neonazigruppen überliefert, daß man in den ehemaligen KZs lernen wolle, "wie es damals gemacht wurde". Daß solcherart Interesse auch schon mal den Exponaten gilt, mußte das Museum in Buchenwald erfahren, als vor kurzem ein SS-Uniformstück gestohlen wurde.

Die Neonazis wittern auch in der Gedenkstätten-Frage Morgenluft, da seit der politischen Wende in der DDR die Gedenkstätten für die faschistischen Konzentra-

tionslager massiver öffentlicher Kritik ausgesetzt sind. Vor allem die nicht aufgearbeitete Geschichte der Lager nach 1945 als Internierungs- bzw. "Speziallager" der sowjetischen Besatzungszeit ist in den Medien und in der Öffentlichkeit Anlaß, den Gedenkstätten "Unglaublichkeit" und Schlimmeres vorzuwerfen.

Diese Stimmung greifen die Neonazis auf unterschiedlicher Ebene auf. So ging mich eine Frau, die sich als Vertreterin der Weimarer Ortsgruppe der "Deutschen Jugend des Ostens" bezeichnete, als (West-) Direktor der Gedenkstätte an: man wolle mir vorstellen, wie die Gedenkstätte nach der "verfälschten Darstellung in der DDR-Zeit" prinzipiell verändert werden müsse. "Leider" lernte ich dieses Konzept aufgrund meines vorzeitigen erzwungenen Rücktritts nicht mehr kennen.

Auch publizistisch beginnen sich die Neonazis auf dieses Thema einzustellen. Anlässlich des Besuches von Kanzler Kohl in Buchenwald und seiner Kranzniederlegung für die Toten des Speziallagers mit der sinnigen Kranzschleife: "Den Opfern der Gewaltherrschaft", reklamiert Freys "Deutsche Wochenzeitung" (vom 21.6.91): "Sind deutsche Opfer weniger wert?" Laut Frey, der in jeder Ausgabe seiner Zeitungen mit geschichtsrevisionistischen Thesen hausieren geht, wurden in den Internierungslagern Deutsche "holocaustiert".

Mit falschem Pathos und mit bewußt verfälschender Diktion heißt es in dem Artikel: "Die Selektion der KZ-Opfer in solche, die erinnerungswürdig sind, und andere, die - weil aus den Reihen der Besiegten (i.e. Nazis und SS-Leute, d. Verf.) stammend -

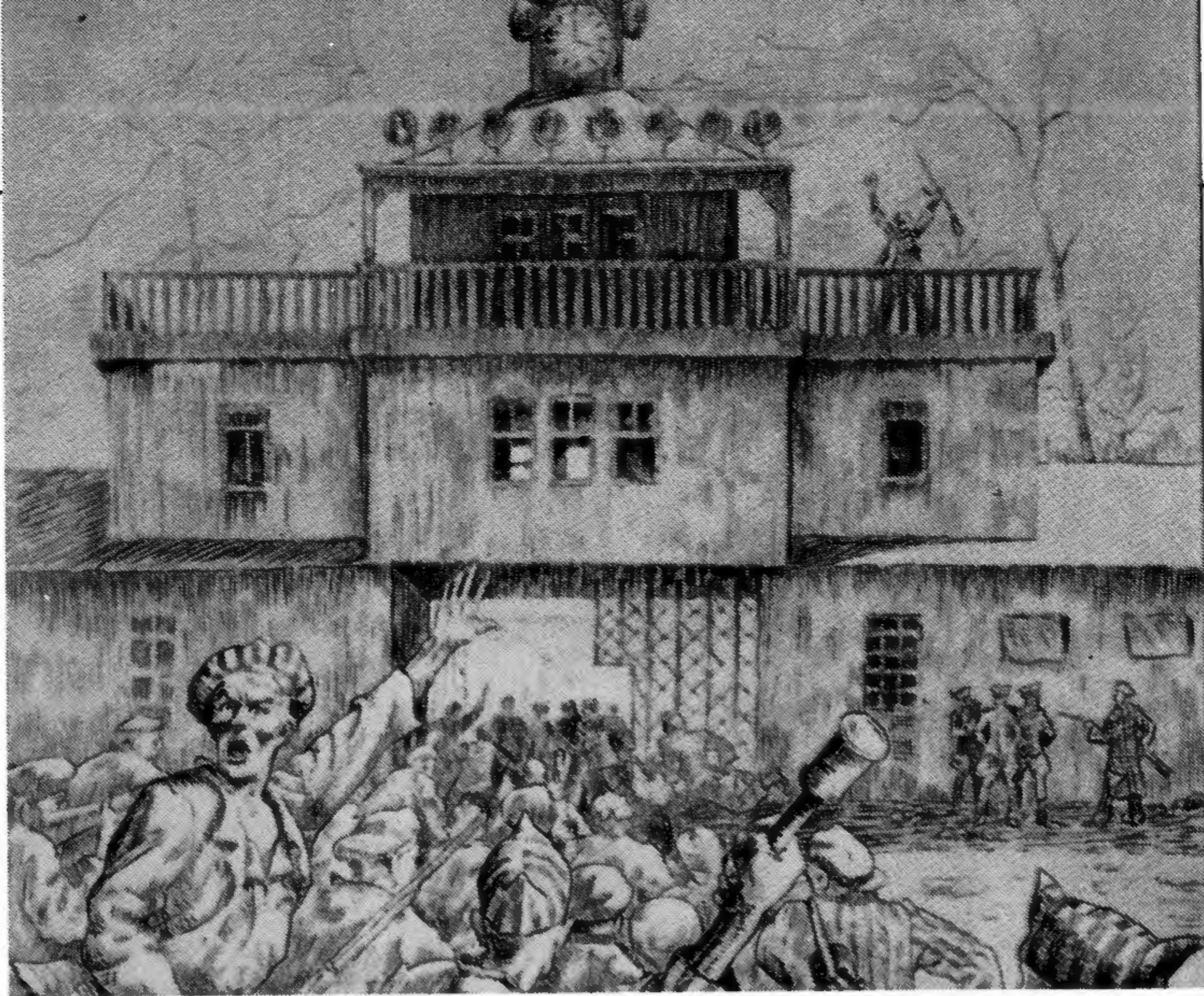
vergessen werden sollen, zeugt von abstoßender doppelter Moral."

Auch der Agitator der "Deutschen Konservativen", um die es in der letzten Zeit etwas ruhiger geworden zu sein scheint, Joachim Siegerist, meldet sich mit einem Buch über die "Todesfabriken der Kommunisten, von Sachsenhausen bis Buchenwald" zu Wort. Ohne nur einen Nebensatz auf die wirklichen Opfer der Konzentrationslager zu verschwenden, gibt er ein Sammelsurium von Berichten ehemaliger Internierter wieder. Sein Ziel ist es, antifaschistisch-demokratischen Neubeginn prinzipiell zu denunzieren und den Begriff des Antifaschismus zu verunglimpfen. Eine ernsthafte Beschäftigung mit der Geschichte Buchenwalds ist in dem ganzen Buch jedoch nicht zu finden.

Intelligenter - in ihrer inhaltlichen Aussage jedoch identisch - behandelt das "neurechte" Blatt "Junge Freiheit" (Näheres siehe Rechter Rand, März/April 91) dieses Thema in einem Artikel der Juli/August 1991-Ausgabe. Autor dieses Beitrages ist Baldur Jahn. Aufgehängt an der Person von Ernst Thälmann und der Ehrung seines Andenkens in der Gedenkstätte wird "Buchenwald als Mystikersatz" der DDR denunziert. Die Einrichtung einer Thälmann-Gedenkstätte im Krematorium war nach Meinung des Autors "moralisch pervers", wo doch Buchenwald "bis 1950 Teil des Gulag" gewesen sei. Besonders der Antifaschismus der ehemaligen DDR verfällt der Kritik des Autors. Es schwingt eine gewisse Enttäuschung mit, wenn er über die politische Wende 1989/90 schreibt: "Als der antifaschistische Realsozialismus zusammenbrach, stürmte niemand den 'Roten Olymp', die 'Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald' der SED mit Glockenturm,

Cremer-Denkmal und Propaganda Hefterln..." Dabei macht der Autor dort die eigentlichen Gegner aus, z.B. als "Ideologie-Kommandeuse" (eine Wortwahl, die Assoziationen an die Kommandeuse Ilse Koch wecken soll) die stellvertretende Direktorin Dr. Irmgard Seidel. "Sie wird dafür verantwortlich gemacht, daß zwei geschafte Stasi- und SED-Größen in der Mahnstätte Anstellung fanden, ihr unterstellt man den Coup, daß der "West-Dr." und DKP-Genosse Schneider bis zur Enttarnung Mahnstättenleiter (!?) wurde."

Den Ansatz einer differenzierten Aufarbeitung der Geschichte des Speziallagers diffamiert der Autor als Versuch der "alte(n) SED-Buchenwald-Propaganda-Truppe, ihre



Der Sturm auf das Tor - Zeichnung eines sowjetischen Buchenwald-Häftlings

Buchenwaldideologie-Monopol unter veränderten Bedingungen flexibel abzusichern." Taktisch flexibel macht sich diese Nazizeitung die Forderung rechter Kräfte in Weimar nach

Ablösung von Frau Dr. Seidel und anderen Mitarbeitern der Gedenkstätte zu eigen.

Das Auftreten der militanten Neonazis, wie auch diese ersten Beispiele der Nazipublikationen zeigt, daß die Gedenkstätte Buchenwald in den Blick der neofaschistischen Kräfte geraten ist. Das bedeutet, daß zukünftig mit verstärkten Angriffen - inhaltlicher, wie auch praktischer Form - zu rechnen sein wird. Alle an dem Erhalt der Gedenkstätte interessierten Kräfte sind zur Wachsamkeit aufgerufen.

Zur Person: Dr. Ulrich Schneider war kurzzeitig Direktor der KZ-Gedenkstätte Buchenwald und wurde wegen ehemaliger DKP-Mitgliedschaft abgesetzt.

Hulle Hartwig

Polacek-Prozeß

Der niedersächsische Landesvorsitzende der FAP, Karl Polacek, ist am 19.8. 1991 vom Schöffengericht Duderstadt wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten verurteilt worden, die auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden. Zusätzlich hat er 200,-DM - in Raten - an den Träger des Frauenhauses zu zahlen. Polacek bewegt sich inmitten eines Kreises vornehmlich junger Neofaschisten, aus deren Umfeld heraus eine unaufhörliche Serie Verbrechen, Körperverletzung, Mordversuchen und Mord begangen wurde. Polacek selbst ist wegen Körperverletzung mehrfach vorbestraft. Die öffentliche Wirkung Polaceks über die südniedersächsische Provinz hinaus ist nicht zuletzt seinem geradezu symbiotischen Verhältnis zu den Medien zuzuschreiben, die ihn ein ums andere mal willig transportieren.

Am 7.7.1990 wurde er Nachfolger des untergetauchten FAP Landesvorsitzenden Thorsten Heise. Durch fingierte Flugblätter sollte der Parteitag getarnt und mögliche Beobachter auf den 14.7.1991 abgelenkt werden. Sicherheitshalber befanden sich daher auch an diesem Tag vier junge Frauen zur Beobachtung in Polaceks Wohnort Mackenrode. Als Polacek in Begleitung von Oliver Simon durch die Ortschaft fuhr, erkannte er die Frauen als das was sie sind, nämlich Linke. Auf sein Kommando sprang der minderjährige Oliver Simon aus dem Wagen und schoß mehrmals mit Polaceks Gaspistole auf die Frauen, Polacek verletzte eine der flüchtenden Frauen mit seinem Beil am Kopf.

Die anschließende gewaltfreie Protestdemo durch Mackenrode wurde von Polizeibeamten, die Polaceks Haus sicherten, grundlos und ohne Warnung mit Gasgranaten beworfen. Die gegenteilige öffentliche Darstellung der Polizeiführung wurde unter dem Eindruck vieler "bürgerlicher" Zeugen und nachdem ich das Innenministerium eingeschaltet hatte nach außen hin zurückgezogen; nach

innen wird dieser rechts- und koalitionsvertragswidrige Polizeieinsatz nach wie vor gerechtfertigt.

Die Duderstädter Gerichtsverhandlung ergab nun nebenbei, daß nach der Beil-Attacke eine Haussuchung - etwa nach der Tatwaffe - bei Polacek nicht stattgefunden hatte.

Dem Duderstädter Gericht wurde von den ZuhörerInnen überwiegend das Bemühen um ein korrektes Verfahren attestiert. Die Tatsache, daß dem Opfer bei der Abwehrbewegung nicht die Arme gebrochen wurden, ließen den Gutachter des Gerichts zwar schließen, daß Polacek wohl keine mörderischen Rundumschlag geführt, sondern das Beil "zielgerichtet nach vorne bewegt" und "zugestoßen" habe. Der Tatbestand der vorsätzlichen Körperverletzung blieb damit jedoch gewahrt. Nachdem Polacek im Jahre 1985 wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Geldbuße verurteilt worden war, war nun nach der normalen Gerichtsmechanik eine Freiheitsstrafe fällig.

Das Gericht versagte sich nicht, in normaler Gerichtsroutine auch die Aussetzung auf Bewährung mit der "günstigen sozialen Prognose" zu begründen und mit der Erwartung, daß sich Polacek "unter dem Eindruck der ausgesprochenen Freiheitsstrafe nichts mehr zuschulden" lassen kommen werde.

Polacek selbst erklärte sofort nach dem Urteil, "von diesem westdeutschen Okkupationsregime" nehme er kein Urteil an und hat inzwischen Berufung eingelegt.

Das Verfahren und das Urteil gegen Polacek macht eine weiteres mal deutlich, daß die juristische Praxis für den organisierten gewalttätigen Rechtsextremismus keine ernsthafte Gefahr darstellt. Angesichts der landesweit bekannten Rolle Polaceks im Zentrum des entwickelten gewalttätigen Neofaschismus, mutet die bisherige Anklage und das ergangene Urteil gerade zu hilflos an.

Solange die Gesellschaft nicht mit allen demokratischen Mitteln gegen den Rechtsex-

tremismus und Neofaschismus zu Felde zieht - angefangen vom längst übefälligen Verbot der FAP - kann zwar von den Gerichten nicht erwartet werden, daß sie diese Aufgabe stellvertretend für Politik und Gesellschaft lösen. Andererseits tragen Verfahren, die nicht in der Lage sind, die menschenverachtende Energie der kriminellen rechtsextremistischen Vereinigungen, wie die um Polacek, zu berücksichtigen, maßgeblich mit zur Verharmlosung des Rechtsextremismus in der öffentlichen Wahrnehmung bei.

Im konservativ strukturierten Landkreis Göttingen, zu dem Duderstadt gehört, gibt es - wie überall in der deutschen Provinz - nach offizieller Sprachregelung keinen Rechtsextremismus, sondern z.B. bezogen auf die Nazi-Skinheads allenfalls "jugendlichen Gewaltextremismus", lieber noch "verhaltensauffällige Jugendliche" oder ähnlich entpolitisierende Kategorien zur Rettung der Fiktion der heilen Welt.

Diese entpolitisierende Fiktion der heilen Welt bestimmte auch das gerichtliche Vorgehen gegen Polacek. Aus dem langen Film über den niedersächsische Neofaschismus mit Polacek als Hauptdarsteller und Motor schnitt sich das Gericht die kurze Szene vom 14.7.1990 in Mackenrode heraus und ließ den Streifen ohne Ton abspielen: Vier Frauen. Ein Auto hält, zwei Männer springen heraus. Die Frauen flüchten. Ein Handgemenge. Das Gericht analysiert die Handbewegung dieses Stummfilmausschnittes: unzweifelhaft Körperverletzung, jawohl vorsätzlich, nein, keine Tötungsabsicht. Macht nach Punktekatalog 8 Monate auf Bewährung. Regelverstoß geahndet. Das Spiel geht weiter.

Ich denke, die Frauen sind angegriffen worden, weil sie linke Frauen sind. Polacek hat angegriffen, weil er ein gewalttätiger Neofaschist in jahrzehntelanger Kontinuität ist. Ein Gericht, das den motorischen Ablauf und nicht den politischen Hintergrund analysiert, hat insoweit selbst eine politische Funktion.

Dr. Gunter A. Pilz

Rechtsextremismus und jugendliche Gewaltbereitschaft

-zur gesellschaftlichen Bedingtheit von Gewalt und Rechtsextremismus und Möglichkeiten der Prävention-

Die Gewaltbereitschaft und der Rechtsextremismus Jugendlicher scheinen zu einem ernststen Problem in unserer Gesellschaft geworden zu sein. Da ist allenthalben die Rede von wachsenden Aggressionen bei Schülern, zunehmenden Gewalttätigkeiten im Umfeld von Fußballveranstaltungen und von einem gravierenden Anstieg politisch motivierter Gewalt bei jungen Menschen.

Ohne die Problematik der Gewaltakzeptanz und wachsender autoritär-nationalisierender Orientierungen Jugendlicher in unserer Gesellschaft herunterspielen zu wollen, stellen sich mir bei der Beschäftigung mit dieser Thematik gleich einige kritische Fragen:

Stimmt es überhaupt, daß die Gewalt bei Schülern zunimmt? (...) Gibt es eine Zunahme politisch motivierter Gewalt Jugendlicher? Wächst die Ausländerfeindlichkeit besonders bei und unter Jugendlichen? Ist die Häufigkeit der Bereiche in den Medien über jugendliche Gewalthandlungen ein Indiz für die zunehmende Gewaltakzeptanz der heutigen Jugend oder ist sie nicht eher ein Beleg für den hohen Unterhaltungs- und Nachrichtenwert, den die Medien und wir als Rezipienten Gewalthandlungen beimessen? Sind wir nicht nur für Gewalthandlungen besonders stark sensibilisiert und nehmen sie nur aufgrund der wachsenden zivilisatorischen Tabuisierung von körperlicher Gewalt und der massenmedialen Aufbereitung von Gewalt durch eine Art Vergrößerungsglas wahr? Überbewerten wir die Bedrohlichkeit der Gewalt Jugendlicher deshalb nicht?

Und vor allem: weshalb gerät eigentlich überwiegend nur die Gewalt und Ausländerfeindlichkeit Jugendlicher in den Blickpunkt öffentlichen Interesses und öffentlicher Besorgnis? Ist die von politischer wie massenmedialer Seite immer häufiger werdende Thematisierung, ja Hochspielung der Gewalttätigkeiten und Gewaltakzeptanz Jugendlicher oder jugendlicher Subkulturen nichts anderes, als ein probates Mittel, um von der eigenen, der alltäglichen Gewalt in unserer Gesellschaft abzulenken? Wird durch das Hochspielen, die Skandalisierung und Individualisierung der Gewalt und des Rechtsextremismus Jugendlicher nicht -bewußt oder unbewußt- nur von den eigentlichen Ursachen, Bedingungen und Hintergründen der Gewalt und damit auch von den eigentlichen Verantwortlichen nur abgelenkt? Ist es schließlich -und hiermit reize ich vielleicht zum größten Widerspruch- nicht eher so, daß in unserer Gesellschaft weniger das Gewaltpotential, die Gewalttätigkeit und Gewaltakzeptanz Jugendlicher das Verwunderliche sind, als vielmehr die Tatsache, daß es so viele junge Menschen, obwohl sie auf so engem Raum und unter zum Teil höchst belastenden Bedingungen in einer Gewalt eher fördernden, Gewalt manchmal sogar erfordernden, zumindest gewaltgeneigt machenden sozialen Umgebung und Atmosphäre leben (müssen), so friedlich miteinander leben können?

Im folgenden will ich der Frage nach der Gewalttätigkeit Jugendlicher, nach der Bedeutung und Bedrohlichkeit der Gewalt in unserer Gesellschaft schlechthin und nach möglichen präventiven Maßnahmen dadurch zu beantworten versuchen, daß ich den gesellschaftlichen Ursachen der Gewalt nachgehe.

Zum Gewaltbegriff

In dem jüngst veröffentlichten Gewaltgutachten der Bundesregierung wird der Gewaltbegriff inhaltlich wie folgt ausgestaltet und zugleich eingengt: "Der Gewaltbegriff soll aus der Sicht des staatlichen Gewaltmonopols bestimmt werden. Dabei soll es primär um Formen physischen Zwanges als nötiger Gewalt sowie Gewalttätigkeiten gegen Personen und/oder Sachen unabhängig von Nötigungssituationen gehen. Ausgeklammert werden sollen die psychisch vermittelte Gewalt im Straßenverkehr und die strukturelle Gewalt" Es wundert schon ein wenig, daß sich allein die Unterkommission Psychiatrie dieser Eingrenzung des Gewaltbegriffes bewußt widersetzt hat und entgegen der Empfehlung der Gewaltkommission "die strukturelle Aggression bzw. Gewalt" nicht ganz aus ihrer Betrachtung ausgeschlossen hat, da sie "die Gewalt des jeweils Mächtigeren ist, gegen die sich ein großer Teil der Aggression richtet", und die zudem als "psychische Gewalt erlebt werden" kann (...).

Mit Narr (1973, 15 f) fordere ich einen Gewaltbegriff, der "die Auswahl der Phänomene nicht von vornherein begrenzt, wie der auf physische Gewalt/Vergewaltigung allein abgestellte Begriff", der andererseits aber natürlich auch nicht so weit ausgedehnt werden darf, daß er zum "Unbegriff" wird. Vor allem die Forderung Narr's, daß der Gewaltbegriff historisch verwendbar, "historischspezifisch, d. h. inhaltlich umzudefinieren" sein müsse, ist bedeutsam. Wie wichtig dabei gerade die Berücksichtigung der historischen Dimension von Gewalt und wie problematisch die Ausblendung von struktureller und psychischer Gewalt ist, macht Theunert am Beispiel der historischen Veränderbarkeit der Ausprägungsformen personaler Gewalt eindrucksvoll deutlich: "Physische Gewalt, die in früheren Gesellschaftsformen in vielen Bereichen, etwa in Erziehungs- und Arbeitsverhältnissen weit verbreitet war, und als "normal" betrachtet wurde, ist heute weitgehend zurückgedrängt. Ihre Funktion wird heute gleichermaßen über die Mittel der psychischen und strukturellen

Gewalt erfüllt. Ein Lehrer braucht seinen lernunwilligen Schüler nicht mehr mit Prügel zum Lernen zu bewegen die Notengebung und die damit verbundene Auslese für die Verwirklichung sozialer Chancen, oder die Lehrstellenknappheit und der einhergehende erhöhte Qualifikationsdruck erfüllen den gleichen Zweck. Die direkte physische Gewalt wird ersetzt durch subtilere Formen der psychischen Gewalt, oder ihre Funktionen werden gewährleistet über die anonymen und indirekten Formen der strukturellen Gewalt. Diese Gewaltmittel besitzen deshalb -wenn nicht eine höhere- Effektivität!" In der Tat, es stellt sich uns hier die Frage, ob nicht die vielfach gesellschaftlich geduldeten, legitimierten, ja manchmal sogar gepriesenen subtilen, verfeinerten Formen der körperlichen und strukturellen Gewalt viel problematischer sind, viel mehr Schaden anrichten, als manche der gesellschaftlich geächteten Formen körperlicher Gewaltanwendung. Die Neigung der Staatsgewalt und vieler Pädagogen, nur dort von Gewalt zu sprechen, wo "Blut" fließt, wie dies Brückner (1979) überspitzt schreibt, wird hier nochmals in ihrer ganzen Problematik deutlich. Entsprechend diesen Überlegungen kommt Theunert zu folgender Definition von Gewalt: "Gewalt ist .. die Manifestation von Macht und/oder Herrschaft, mit der Folge, und/oder dem Ziel der Schädigung von einzelnen oder Gruppen von Menschen".

Gewalt liegt nach dieser Definition immer dann vor, "wenn als Folge der Ausübung von Macht oder Herrschaft oder von beidem oder als Folge von Macht- und Herrschaftsverhältnissen Menschen geschädigt werden". Erstes Bestimmungskriterium für Gewalt ist demnach für Theunert die "bei dem oder der Betroffenen feststellbare Folge, die durch Gewalt bewirkte Schädigung... Das Ziel der Gewaltausübung tritt gegenüber der Folge in den Hintergrund, es ist sekundäres Bestimmungskriterium".

Dies hat auch zur Folge, daß die in den klassischen Theorien zentrale Kategorie der "Intention", die das Augenmerk auf den "Täter" lenkt, relativiert wird. Die Opfer der Gewalt gelangen stärker in den Blick. Zweites Bestimmungskriterium für Gewalt ist, daß sie an die "Ausübung der Existenz von Macht und Herrschaft gebunden ist. Macht und Herrschaft gründen auf die Verfügung über Machtmittel, die die Voraussetzungen zur Gewaltanwendung schaffen". Theunert (1987, 41) unterscheidet dabei je nach Art der Machtmittel zwischen situativen und gene-



Brisante Mischung: Aggressives Macho-Gehabe und Nationalismus

rellen Machtverhältnissen: "In situativen Machtverhältnissen ist die Ungleichverteilung von Machtmitteln primär situationsspezifisch geprägt, in generellen Machtverhältnissen dagegen langfristig und eindeutig zugunsten eines Parts geregelt und meist gesellschaftlich sanktioniert".

Mit dieser Unterscheidung zwischen situativen und generellen Machtverhältnissen wird der enge Blick auf Gewalt in interpersonellen Beziehungen überwunden und auf Gewaltverhältnisse erweitert, die in den gesellschaftlichen Strukturen verankert und nicht an konkrete handelnde Individuen gebunden sind. Damit wird aber auch gleich auf die beiden zentralen Dimensionen der Gewalt verwiesen: die personale und die strukturelle Gewalt, wobei personale Gewalt die Dimension bezeichnet, "in der Gewalt von Personen, strukturelle Gewalt, die Dimension, in der Gewalt von den Strukturen eines Gesellschaftssystems ausgeht". (Theunert, 1987)

Bedeutsam an dieser Bestimmung des Gewaltbegriffes ist, daß hierzu die sozialen Bedingungen, die Gewalt fordern und/oder erzeugen, mitberücksichtigt werden, daß wie Horn (1987, 40) zurecht gefordert hat, die Wirkungszusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Verhalten aufgedeckt werden. Dies gilt auch und gerade für Gewalttätigkeit Jugendlicher, deren personales Gewaltverhalten überwiegend eine Folge gesellschaftlich produzierter, struktureller Gewalt ist. Der Schlüssel zur Gewalt liegt somit in der Umwelt, in den strukturellen Bedingungen der Lebenswelt der Menschen begründet. Damit wird unsere Aufmerksamkeit vom individuellen Handeln hin zu dessen sozialen, gesellschaftlichen Bedingungen verlagert. Unter dieser Perspektive können dann gewalttätige Handlungen, die gesellschaftlich betrachtet verwerflich, unsinnig und unsozial erscheinen, durchaus Sinnhaftigkeit und gewisse "Normalität" bekommen. Wer entsprechend adäquat und präventiv mit gewalttätigen Jugendlichen umgehen will, der muß

deren Alltags- und Lebenswelten kennen, berücksichtigen und eben auch ändern, zumindest erträglich gestalten(...)

Zur Lebenswelt Jugendlicher

Das Jugendalter gilt als Lebensphase, in der Heranwachsende eine psychosoziale Identität aufbauen müssen, in der sie sich auf die Erwachsenenrollen der Berufstätigkeit, Familiengründung, der Kindererziehung und des Staatsbürgers vorbereiten und diese Rollen in eigener Weise übernehmen können sollen, in der sie sich als Persönlichkeiten mit eigenen Interessen und Fähigkeiten ihre Erfüllung finden können. Diese Verwirklichung von persönlicher Identität, die im Jugendalter geleistet werden muß, ist heute erschwert. Sehr plastisch hat dies der Münchner Sozialpsychologe Keupp in einem Fernsehinterview beschrieben. Ein Teil der Jugend -so Keupp- "hat keine Chance eine positive Identität zu entwickeln. Es entstehen Löcher und der Fußballbereich und noch stärker der Rechtsradikalismus liefern sozusagen Plomben für diese Löcher. Sie liefern fertige Pakete und es ist entscheidend zu diesen Paketen, Alternativen zu entwickeln in denen junge Menschen kreativ und produktiv ihre eigene Identität spielerisch und gestalterisch entwickeln können".(...)

Für Hornstein (1985) lassen sich drei gravierende Widersprüche, die die Lage der heutigen Jugend kennzeichnen, festmachen:

- Einer Ausdehnung der Jugendphase durch ein Hinausschieben der Erwerbstätigkeit (=Verlängerung der ökonomischen Abhängigkeit) steht eine Verkürzung durch politische Bedingungsvorgaben gegenüber, die den Heranwachsenden zu einem frühen Zeitpunkt für volljährig erklärt und ihn damit für sein Handeln verantwortlich macht;
- der Ausdehnung der Jugendphase widerspricht der Bedeutungsverlust von Bildung und der traditionellen Inhalte der Jugendphase angesichts steigender Arbeitslosigkeit und knapper werdender Arbeitsplätze (...);
- der Verkürzung der Jugendphase mit dem behaupteten Einräumen von Verantwortung

widerspricht die von politischer Seite vorgehaltene Möglichkeit der Mitgestaltung ihrer und der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse durch die Jugend. Sie wird vielmehr auf einen Wartezustand verwiesen. Sie ist überflüssig und ausgeschlossen aus der ihr versprochenen (Mit-)Verantwortung (...).

Diese Widersprüche verschärfen die negativen Folgen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in die der Alltag von Jugendlichen eingebettet ist:

- der soziale und persönliche Erfolg um jeden Preis (be-)verhindert ein befriedigendes und friedliches Miteinander;
 - zunehmende Arbeitslosigkeit vor allem auch bei Jugendlichen in den neuen Bundesländern schließt von der Teilnahme an der Gesellschaft frühzeitig aus;
 - entfremdete und sinnentleerte Arbeitsverhältnisse führen bei den Jugendlichen zu hohen psychischen Belastungen;
 - bewegungsfeindliche, erlebnis- und kontaktarme Wohngebiete sowie unattraktive oder fehlende Freizeitangebote (ver-)führen zum Rumhängen oder Zeittotschlagen und potenzieren das Bedürfnis nach "action", Spannung und Abenteuer; produzieren einen immer stärker werdenden, unersättlichen Erlebnishunger (Ziegenspeck 1984);
 - eine Krise der ethischen Werte, die soziale Verarmung vieler für die psychische und soziale Stabilisierung unentbehrlicher familiärer und nachbarschaftlicher Bindungen, die "Individualisierung von Lebenslagen und Lebenswegen (Beck 1986) und die Erhöhung der Gewalttoleranz führen zur Orientierungslosigkeit.
- Darüber hinaus befindet sich ein Teil der Jugendlichen in Lebenszusammenhängen, in welcher die Betonung von
- Männlichkeits- und Mannhaftigkeitsnormen und die Legitimierung körperlicher Gewalt als Mittel der eigenen Interessendurchsetzung, besonders auffällige und aggressive Verhaltensmuster produzieren, fördern und (er)fordern.
- Drei Konkretisierungen scheinen mir an dieser Stelle erforderlich.

Arbeitsmarktkrise und Gewaltakzeptanz Jugendlicher

Zum einen wird bei der Diskussion der Jugendarbeitslosigkeit immer wieder vergessen, daß diese sich ja nicht nur dadurch negativ auswirkt, daß viele Jugendliche keine Lehrstelle, keinen Arbeitsplatz bekommen, sondern zumindest zwei weitere, das Verhalten, die Lebensbedingungen, die Alltagswelt der Jugendlichen stark beeinflussende, ja beeinträchtigende Folgen der Arbeitsmarktkrise kommen hinzu:

- die knapp bemessenen Lehrstellen, lassen Jugendliche mit niedriger Schulbildung... noch stärker ins soziale, gesellschaftliche Abseits rutschen; sie verschärfen das Problem des Strebens nach sozialem und persönlichem Erfolg um (fast) jeden Preis, macht aus Schul- und Ausbildungskameraden Konkurrenten;
- die freie Wahl des Berufes nach eigenen Wünschen und Bedürfnissen wird stark eingeschränkt, so daß sich ebenfalls das Problem sinnentleerter Arbeitsverhältnisse ver-

schärft. Die Sinnkrise in der viele Jugendliche stecken, ist somit auch ein Produkt der Arbeitsmarktkrise. (...)

Erlebnisarmut und Gewalt

Zum zweiten scheint mir das immer gravierender werdende Problem des zivilisations- und gesellschaftsbedingten, erlebnis-, spannungs- und abenteuerarmen Alltags zu wenig Beachtung zu finden. Da ich hierin momentan die weitreichendsten Möglichkeiten einer Korrektur der aktuellen Lebensbedingungen der Jugendlichen und einer präventiven Sozialarbeit sehe, möchte ich dieses Problem ein wenig vertiefen. Das stetig wachsende Bedürfnis nach Spannung, Abenteuer, nach "action" und Risiko wird zusätzlich dadurch verstärkt, daß es in unserer verwalteten (ja "zer"-walteten), verrechtlichten und verbürokratisierten Gesellschaft immer weniger Möglichkeiten gibt, affektive Bedürfnisse zu befriedigen. (...) Griese (1988, 17f) geht sogar noch weiter: "Das zunehmende Risikoverhalten vieler junger Menschen, vor allem junger Männer mit fanatischen Einstellungen und diffusen Zukunftsperspektiven, muß als Teil einer neuen (Über)Lebensstrategie interpretiert werden. "Was schert mich mein Raucherbein in 30 Jahren, ein blaues Auge am Wochenende, wenn jeden Moment die Menschheit verdampfen kann"? - Lebensgefühle der jungen Generation! Die Attraktivität eines gewissen gesundheitlichen Risikoverhaltens in der jugendlichen Subkultur (vgl. auch Drogenkonsum, Straßenverkehr etc.) und die Versuche, durch Extremverhalten Anerkennung zu erheischen (in der Gruppe, in der Erwachsenenwelt) scheinen zuzunehmen. Persönliche Gesundheitsrisiken scheinen minimal und nebensächlich angesichts weltweiter oder nationaler Bedrohung durch die militärische oder ökologische Vernichtung. Die Lust an Grenz-situationen, an neuen Körpererfahrungen und am Risikoverhalten erniedrigt die Gewalt-schwemme. "Lust am Risiko ist der Ausdruck ihrer Lebenslage" (in der Risiko-gesellschaft).

Die Eintönigkeit des Alltags vieler Kinder und Jugendlicher, deren erlebnisarme Wohngebiete, führen zu vermehrten Raten "abweichenden" Verhaltens. In einer verampelten Gesellschaft in der viel zu viele Ampeln auf "rot" stehen, in der Verbotsschilder jeglichen kindlichen und jugendlichen Bewegungsdrang im Keime ersticken, in der Gerichtsurteile Sportplätze, Bewegungsräume in unmittelbarer Wohnungsnähe schließen, in der die Räume zur freien Entfaltung und Bewegung immer geringer werden, sind Gewalt, abweichende Verhaltensweisen vorprogrammiert, sind zuweilen irritierenden, gewaltförmigen Verhaltensweisen Jugendlicher als durchaus "angemessene" Antworten auf ihre widersprüchliche Lage zu verstehen. (...)

Gewalthandlungen werden jedenfalls "sachlogisch durchaus vernünftig", vor allem dann, wenn wir sie in ihren Entstehungszusammenhängen in der "durchrationalisierten Monotonie des Alltags" der Jugendlichen lokalisieren" (...) Das auffällige Verhalten von Jugendlichen ist so gesehen neben einer normalen Zurschaustellung oft ein

Hilferuf an die Gesellschaft, ernstgenommen zu werden, Sinn- und Zukunftsperspektiven eröffnet zu bekommen, es ist eine Überlebensstrategie, um in einer Welt zurecht zu kommen, die kaum Raum zur Selbstbestätigung und Selbstfindung läßt. Es ist ein Ruf nach humaneren Lebensbedingungen, wo emotionale Wärme statt Kälte, Zuneigung statt Ablehnung, wo Toleranz, Mitgefühl, Verständnis und Selbstentfaltungsmöglichkeiten vorherrschen, wo Möglichkeiten des Erlebens von Spannungen, Abenteuer, Risiko, ganz allgemein von Affektivität, gegeben sind.

Alles Werte und Normen im übrigen, die die Jugendlichen in den unterschiedlichsten und viel bescholtenen Sub- und Jugendkulturen suchen und auch größtenteils finden. Hierin liegen gerade die Faszination jugend- und subkultureller Bindungen begründet. Um es mit Keim (1984, 72 f.) ganz deutlich zu sagen: das auffällige, gewaltförmige Verhalten Jugendlicher, ist ein Scheinwerfer für



Die Festnahme gehört zum Ritual

zugrundeliegende Ungleichheiten, Zwangsverhältnisse und übersteigerte Disziplinierungen, deren "positive Funktion", "Mitteilungscharakter entschlüsselt, beachtet und womöglich (kommunal-politisch umgesetzt werden muß", ehe man sich vorschnell und noch größere Probleme erstschaffend daran macht, diese Verhaltensweisen (nur) ordnungspolitisch zu behandeln.

Halten wir also fest: neben Bedürfnissen nach Selbstbestätigung, Selbstverwirklichung, sozialer Anerkennung, Geborgenheit und Zuneigung sind es vor allem auch die Suche nach Erfahrung von Abenteuer, Spannungs- und Risikoerlebnissen - wie auch für einen Teil Jugendlicher aus sozial deprivierten Lebenslagen (...), Bedürfnisse des Auslebens von aggressiver Männlichkeit, des Erwerbs von "Körperstilen und Körpersymbolen und der Gelegenheit zu deren öffentlichen Demonstration", die jugendliches Gewaltverhalten bestimmen. Dabei haben die meisten dieser Jugendlichen zumindest zwei Identitäten: eine bürgerliche Alltags-Identi-

tät und eben ihre sub- oder besser jugendkulturelle Identität. (...)

Männlichkeitswerte, Gewaltakzeptanz und Ausländerfeindlichkeit

Als drittens kommt hinzu, daß sich ein Teil der auffälligen Jugendlichen sich in Lebenszusammenhängen befinden, in denen körperliche Gewalt noch oder wieder als legitimes Mittel der Interessendurchsetzung, der Wahrung oder des Erwerbs von sozialem Prestige, als Zeichen von Männlichkeit gilt. So ist Kämpfen innerhalb und zwischen Gruppen ein unverzichtbares Mittel zur Erlangung und Aufrechterhaltung von Ansehen im Sinne der aggressiven Männlichkeitsstandards. Heitmeyer/Peter (1988) machen in diesem Kontext auf eine zusätzliche Problematik aufmerksam: die Männlichkeitsnormen werden in einer Situation freigesetzt, wo zwar die sozialen Ungleichheiten gleich geblieben - ich meine im Sinne der 'neuen Armut' sogar schlimmer geworden - sind, aber das Klassenbewußtsein im Rahmen der Individualisierungsschübe weitgehend aufgelöst ist. Sie unterliegen damit weniger sozialen Kontrollmechanismen und geraten deshalb in Gefahr, 'politisch aufladbar und funktionalisierbar zu sein, mit ganz anderen Zielsetzungen und Inhalten':

"Soweit Jugendliche auf sich selbst zurückgeworfen sind und andere soziale Identitätsabstützungen ausfallen, erhält die Präsentation von Leistungsfähigkeit über Körperstärke eine Wendung, die auf eine Ausweitung allein destruktiven Ausagierens hinauslaufen kann".

Eine Gefahr, die sich im übrigen in den ausländerfeindlichen Parolen und Handlungen eines Teils der Jugendlichen sehr deutlich artikuliert. Ein Sachverhalt, der m.E. bislang - vor allem was diesozialpädagogische Bearbeitung der Ausländerfeindlichkeit und 'autoritär-nationalisierenden Orientierungen' Jugendlicher betrifft - sträflich vernachlässigt wurde (...). Innerhalb relativ kurzer Zeit haben viele Jugendliche erfahren, wie sich gewachsene, traditionelle Lebensräume, Wohngebiete, wo bereits Generationen vom Urgroßvater über den Großvater und Vater aufgewachsen sind, zu einem von überwiegend Ausländern bewohnten Stadtviertel wandelten und mehr und mehr von den kulturellen Werten und Normen der Ausländer geprägt werden. In einigen Stadtvierteln wohnen bis zu 60 Prozent Ausländer: in vielen Schulen aller Schultypen, besonders jedoch der Haupt- und Realschulen machen Ausländerkinder bis zu 80 Prozent aller Schüler aus. Dies führt zu unvermeidlichen Konflikten denen zu wenig Beachtung geschenkt wird.

Die Klage von deutschen Jugendlichen, daß sie sich gar nicht mehr in Deutschland lebend fühlen, kaum mehr entfalten können, daß sie mit den Werten und Normen der ausländischen Mitbewohner nicht mehr zurechtkommen, daß sie sich unterdrückt, benachteiligt fühlen, müssen ernst genommen werden.... Statt Hilfen von Lehrern oder Sozialarbeitern zu bekommen, werden viele dieser Jugendlichen mit ihren Problemen allein gelassen. Die Folge ist ein oft erschreckender und

Horst Saewe und Hermann David

Externsteine als neuheidnische Kultstätte

Rassereine Midgard-Kinder freuen sich am Feuerchen

21. Juni 1991, 4.45 Uhr, Horn-Bad Meinberg im Lipperland. Externsteine im Kerzenlicht. Trommeln, Lagerfeuer, Hunde, ca. 70 Leute. Wir dazwischen - mal sehen, wer da ist. Vereinzelt "bekannte" Gesichter. Sie warten auf den Sonnenaufgang - wir auf die "Armanen" und den "Weltbund zum Schutze des Lebens", die hier heute mit einer Sonnenwendfeier ihren germanischen Ritus abfeiern wollen.



Externsteine und Kopf eines "Atlanten" (christlichen Ursprungs)

Die Externsteine sind traditioneller Treffpunkt für heidnische, völkische und faschistische Gruppen. Eine Tradition, die vom SS-Führer **Heinrich Himmler** über die Ernennung **Adolf Hitlers** (am 26.3.1978 durch die Nazi-Sekte "Gylfiliten") zum germanischen Gott bis zu heutigen faschistischen Gruppen, wie z.B. der FAP oder der "Wiking Jugend" reicht. Gründe genug, sich aus antifaschistischer Sicht mit diesem Flecken Natur und dem Popanz der darum getrieben wird zu befassen.

Was sind und bedeuten die Externsteine? Klar ist, daß diese 13 imposanten Sandsteinfelsen an der Ostseite des Teutoburger Waldes, die aus der Eiszeit stammen, schon seit langem Treffpunkt für verschiedene Menschengruppen sind. Was auch nicht verwunderlich ist, da sie durch ihre Lage und ihr Aussehen einen markanten Treffpunkt bieten. Wer und zu welchem Zweck sich dort getroffen haben soll, darüber streiten sich die "Experten". Klar ist lediglich, daß rein gar nichts auf eine vorchristliche Kultstätte hindeutet. Selbst die Nazis konnten trotz umfangreicher Ausgrabungen im Jahre 1934 keine Beweise für eine germanische Kultstätte liefern, was sie jedoch nicht daran hinderte, die Legende vom "deutschen Nationalheiligtum Externsteine" weiterhin zu pflegen. Wer sich dabei besonders eifrig zeigte, erhielt dafür sogar einen Dokortitel, wie der vielzitierte NS-Rassenideologe **Hermann Wirth**. Und der bekannte **Wilhelm Teudt** bekam seine Professur 1940 für seine "wissenschaftlichen Arbeiten an den Externsteinen" persönlich von Adolf Hitler über-

reicht. Aber sogar noch während der Nazi-Zeit meldeten sich seriöse wissenschaftliche Stimmen, die Teudts "Erkenntnisse" belächelnd in Frage stellten. So ein Jahr nach Teudts Tod sein Kollege Focke: "Was berechtigt dazu, aus einer verhältnismäßig geringen Scherbenzahl auf die Anwesenheit ganzer Stämme und gar auf deren Besuch zu schließen? Wie, wenn nun einem wintertags dort rastenden Holzfäller der zerbrechliche Trinkbecher aus den klammen Fingern rutschte oder eine störrische Kuh beim Melken gegen den Kübel trat..." Und so ist es eben bis heute so, daß die ältesten Spuren von menschlichen Kulthandlungen an den Externsteinen wissenschaftlich seriös nachweisbar lediglich aus dem 12. Jahrhundert stammen, als christliche Mönche die Steine zu ihrer Einsiedlerstätte machten und sie bearbeiteten. Die Ergebnisse kann man noch heute dort bewundern. Der Rest sind Mythen, wie z.B., daß auf den Externsteinen die germanische Kultsäule "Irmisul" gestanden haben soll, die dann Karl der Große zum Beginn der Christianisierung Germaniens zerstört haben soll.

Die "Irmisul" ist heute ein hochbeliebtes Symbol neuheidnischer Gruppen. Deren Legenden über die Externsteine reichen von der Behauptung, daß es sich um eine matriachalische Kultstätte von Priesterinnen und Seherinnen oder um eine Stätte von Sternriesen und Asen gehandelt haben soll, bis hin zur wohl verbreitetsten Behauptung, die Steine seien Heiligtum der Germanen und Kelten gewesen. Einig sind sich viele Anhänger solcher Legenden darin, daß hier

"Kraftachsen" (Paris-Warschau und Kopenhagen-Mailand) verlaufen, die für Europa von zentraler Bedeutung seien. Diese These zeigt auch heute noch ihre Auswirkung darin, daß hier in Nachfolge der Reichshauptstraße 1 - die mitten durch die Steine verlief - die Bundesstraße 1 in direkter Umgebung verläuft. Die wichtigste Übereinstimmung und wohl auch der Punkt, dem in allen Legenden über die Externsteine die größte Bedeutung beigemessen wird, findet sich in den hier angeblich seit altersher stattfindenden Sonnenwendfeiern. Hier sollen auch schon in grauer Vorzeit Menschen darauf gewartet haben, die ersten Strahlen am Tag der Sonnenwende zu begrüßen, die für sie angeblich die Bedeutung der Geburt oder der Erneuerung ihres Gottes hatten. Zur Winter Sonnenwende soll von hier aus das Feuer als Symbol des Lebens in die umliegenden Siedlungen gebracht worden sein.

Interessanter als Legenden sind für uns aber die neofaschistischen Gruppen und ihre Ideologie, die sich hier auch heute noch regelmäßig versammeln. Alle berufen sich darauf, "Naturreligionen" zu sein. Eins mit der Natur und unheimlich ökologisch. Wenn sich diese "Naturreligionen", deren Ursprünge sämtlich auf neuheidnische Wurzeln des ausgehenden 19. bzw. des beginnenden 20. Jahrhunderts zurückzuführen sind, auf die Natur berufen, dann leiten sie davon ab, daß der Mensch auch in seinem Sozialverhalten biologisch bestimmt sei, also seine Führer und Rangordnung brauche, um sich zurecht zu finden, daß es bei den Menschen einen angeborenen Territorialtrieb gäbe etc. etc. Wichtiger Vertreter dieser "Naturreligionen" ist der "Armanen Orden" (AO), der sich bei der diesjährigen Sonnenwendfeier auch am Feuerchen an den Externsteinen erfreuen wollte. In einer Welt, die geprägt ist durch gnadenlose Ausbeutung der Natur, durch ständig neue Umweltkatastrophen und der Frage von vielen Menschen, ob es denn so weitergehen kann, steht der AO mit seiner "Alternative" bereit. Diese Alternative heißt "Besinnung auf die Wurzeln des Seins". Und als die Wurzeln des Seins geben die Armanen ihre Religion -die artgemäße natürlich- aus. Als Urvater der AO gilt der Rassist **Guido List**, der an der Theorie Gefallen fand, daß die Armanen die Führer der Germanen gewesen seien.

Von seinem Sitz in Köln aus vertreibt der AO denn auch zahlreiche Schriften von List, aber auch von strammen Antisemiten, wie **Georg Lanz**, der sich gern Jörg Lanz von Liebenfels nannte und den "Neutempler Orden" gründete. Auf der Neutempler Ordensburg Werf-

enstein wurde zu Beginn dieses Jahrhunderts die erste Hakenkreuzfahne von Lanz und seinen Jüngern gehißt und ihm wurde später nachgesagt, er sei der Mann gewesen, der Adolf Hitler die Ideen gab. Der Neutempler Orden existiert noch heute.

Wie der AO sich selbst darstellt, steht voll und ganz in dieser Tradition. Besinnung auf die "Altvorderen" wird groß geschrieben, denn die hatten's angeblich geschnallt (Zitat aus einer Selbstdarstellung des AO): "...Unsere Altvorderen haben drei kosmische Hauptmenschenarten unterschieden: die Schwarzen, die Roten (Gelben) und die Weißen. Auffallend sind nicht nur die geistig-seelisch-körperlichen Verschiedenheiten dieser Hauptmenschenarten, sondern auch die verhältnismäßige Geschlossenheit ihrer angestammten Entwicklungs- und Wohngebiete auf unserem Planeten, wo sie sich beheimatet fühlen und in sehr langen Zeiträumen ihre Wurzel und ihre Kulturen entwickelt haben... Und damit sind wir bereits beim Abendland, dem Netzwerk zur Entstehung, Entfaltung und Erhaltung der weißen Menschenart auf diesem Planeten. Wird dieses Abendland als Kulturkreis, Heimat, Mutterhaus der Abendländer ausgerottet, vermischt, überfremdet, materieller Ausbeutung, Zubetonierung, Industrialisierung, Babylonisierung geopfert und damit biologisch und ökologisch zerstört, gibt es auf dem ganzen Planeten Erde kein anderes natürliches Netzwerk und Wohngebiet für die Erhaltung, Entfaltung und Blüte des weißmenschlichen Schöpfungsbereiches, und alle Siedlungsinselfen der Europäer werden dann auch in den anderen außereuropäischen Weltgegenden untergehen... daran trägt ganz eindeutig die jahrtausendlange Überfremdung des Abendlandes mit morgenländischer Religion, Rechts- und Kulturformen die Schuld..." Das Zitat stellt im Kern die alte Nazi-Parole "Ausländer raus" dar, jedoch "veredelt" mit verschiedenen scheinbar wissenschaftlich daherkommenden Scheinfakten. Da wird die Prähistorie mit abstrusen Rassetheorien ebenso bemüht wie die heutige Zeit mit ökologisch anmutenden Schlagworten, um dann den Bösewicht auszumachen: das Christentum mit seinen jüdischen Wurzeln. Hier angekommen, ist es nicht mehr weit bis zur "Rettung", Zitat weiter: "...um uns Abendländer und weiße Menschen wieder zu heilen, zu regenerieren, ist es von allergrößter Wichtigkeit, uns von all diesen Fremdeinflüssen zu befreien... Und gerade dies aufzuzeigen, zu unterscheiden, zu kultivieren, ist die kosmische Aufgabe der heimischen abendländischen Naturreligionen..." Das rassistische Bild ihres sauberen Abendlandes nennen die Armanen "Midgard" und "Midgard" erstrecken sie nicht nur auf das jetzige "germanische Reich", sondern weiter, um genau zu sein und mit den Worten des neugermanischen Schriftstellers **H.W. Hammerbacher** zu sprechen: "Midgard hört hier nicht auf und fängt nicht dort an, es umfaßt alle Deutschen und germanischen Verwandten, ganz gleich, wo sie sich heute befinden."

Laut F.W. Haack, dem kürzlich verstorbenen Beauftragten für Weltanschauungsfragen der

ev. Landeskirche von Bayern ist **H.W. Hammerbacher** der Vater der "Armanen Großmeisterin" **Sigrun Freifrau von Schlichting**, alias **Sigrun Schleipfer**. Die allerdings behauptet, S. Schleipfer sei die Tochter eines gewissen E.F. Standt und nicht mit ihr identisch. Wie dem auch sei, am Tag der Sonnenwendfeierlichkeiten war Oberarmanin Sigrun von Schlichting persönlich mit Gefolge zu den Externsteinen gereist. Sie ist eine hochaktive Multifunktionärin. Erstmals sorgte sie 1983 für Aufsehen, als sie beim "Europäischen Medizinradtreffen" in Bayern (bei dem es um indianische und europäische Urkulturen gehen sollte) auftrat und ein Runenorakel zelebrierte. Daß sie mit dererlei Spektakel den Nerv orientierungsloser Wohlstandskinder treffen kann, weiß sie genau und bietet daher ihre "Kunst" gern bei vielerlei Anlässen feil. Neben ihrer Tätigkeit für den AO steht sie an der Spitze der ANSE. Die ANSE ist die "Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände in Europa", d.h. also ein Zusammenschluß verschiedener neuheidnischer Gruppen, und stellt sich selbst so dar: "ANSE ist ein Netzwerk von Heidengruppen in ganz Midgard. Sie nimmt Gruppen und Einzelpersonen als Mitglieder auf, um sie naturreligiös, kulturell und mythologisch auszubilden und ihnen dadurch den Zugang zu den Traditionen ihrer Vorfahren zu vermitteln. Alle einheimischen Menschen haben dadurch die Möglichkeit, wieder den Anschluß an ihre natürliche Identität zu finden." Soweit aus der Selbstdarstellung der ANSE. Wie der Name schon sagt, finden sich die neuheidnischen Mitglieder nach Abstammung sortiert in den sogenannten "Stämmen" zusammen. Sie zeichnen sich durch rege Tätigkeit aus. So gab es in den letzten Monaten mehrere Stammenstreffen, u.a. ein Treffen für die "Stämme der Sueben, Alemannen, Franken, Bajuwaren und Makomannen" in Hohenstaufen, an dem Sigrun von Schlichting mit dem Thema "Mündliche Überlieferung vom Baumwissen" angekündigt war.

Zentralorgan der ANSE ist ihre Zeitschrift "Huginn und Muninn", herausgegeben ebenfalls unter Federführung von Sigrun von Schlichting. Erscheinungsort ist Ammerland in Bayern. Ihr Verlag heißt (wie sollte es anders sein?) "Midgard-Verlag", ebenfalls mit Sitz in Ammerland - Wohnort des Ehepaars von Schlichting. Huginn und Muninn sind in der germanischen Sage die zwei Raben, die der Gott Odin auf seinen Schultern trägt und die ihm ins Ohr flüstern, was so in der Welt passiert. Die Zeitschrift "Huginn und Muninn" ist in Form und Inhalt recht schlecht gemacht, druckt viele Fremdartikel nach, weist aber auf zahlreiche personelle und organisatorische Querverbindungen hin. Am 21.6. an den Externsteinen war "Huginn und Muninn" auch anwesend, ein fleißiger Armane bot sie den anderen BesucherInnen zum Kauf an. "Huginn und Muninn" gibt es als deutschsprachige Ausgabe, parallel erscheint eine englischsprachige, dessen Herausgeber und Gründer der Isländer **Thorsteinn Gudjonsson** aus Reykjavik (Island) ist. In "Huginn und Muninn" steht offen und unverblümt, was "artgemäße" Religion ist. Unter der Überschrift "Ein bißchen mehr"

gibt's Anweisungen für die Stammesgeschwister zu lesen: "...Ein bißchen mehr überzeugen: daß alle Ausländer schön wieder heimgehen sollen, damit sie unsere und ihre Religion nicht zersetzen und die Natur nicht in Unordnung bringen. Das ist wahre Liebe, Ausländerfreundschaft und Unabhängigkeit von Industrialismosen, gewonnen durch Erdverseuchung. Ein bißchen öfter dran denken: daß alles abendländische Unglück aus fremdländischer Einflußnahme hervorgeht/ging. ...Europa braucht keine Einmischung und soll sich aus den anderen Kulturen ebenfalls soweit heraushalten, daß keine Überlagerung oder Unterdrückung entsteht..." Sowas nennt man schlicht Apartheid, die hier als weltweites Modell angeboten wird. Die Neue Rechte läßt grüßen. Passend neben diesen netten Zeilen findet sich dann in "Huginn und Muninn" Werbung für "Der Schlesier - Breslauer Nachrichten, die große Heimatzeitung zur Wahrnehmung schlesischer Belange". Andere Anzeigen liegen mehr auf dem ANSE-Linie, wie die des "TRISKEL-Zentrums für druidische Schulung" im Harz, das das "esoterische Wissen der Kelten der Öffentlichkeit wieder zugänglich" machen will, "damit es als Kulturgut erhalten bleibt" oder der Berliner "Runenstein - Rundbrief für Heidentum und Umweltschutz".

Vorstehenden Artikel entnahmen wir mit Genehmigung der Redaktion der Zeitschrift »roter Winkel«, Antifaschistische Zeitschrift für Ostwestfalen-Lippe, herausgegeben von der VVN-Bund der Antifaschisten Bielefeld.

**In einer Zeit, In der selbst
das dickste Brett vorm
Kopf als metaphysische
Schwingung scheint ...**



**antifaschistischer
KALENDER 1992**

Bestelladresse: UNRAST-Verlag, Querstr. 2, 4400 Münster
Ab August '91 in vielen linken Info- und Buchläden

Rosa Weiß und Anton Maegerle

Rechtsextremes Stammestreffen in Norddeutschland



Ein neuheidnisches Stammestreffen der Friesen, Holsten, Stomarn, Dithmarscher und Angeln, zu dem etwa 20 TeilnehmerInnen (u. a. NPD- und DNU-AnhängerInnen) vorwiegend aus dem norddeutschen Raum angereist waren, fand am 30. Brachet (Juni) 1991 beim Thosberger Moor statt. Organisiert wurde das Treffen, das auch einen Besuch im Wikinger-Museum in Haithabu bei Schleswig einschloß, von der "Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas" (ANSE), einem Zusammenschluß verschiedener rechtsextremer neuheidnischer Sekten. In der Brachet (Juni-) Ausgabe von "Huginn und Munnin. Deutschsprachige Mitgart-Zeitung für europäische Religion, Kultur und Mysterien", Organ von ANSE, wurde mehrfach zur Teilnahme aufgerufen.

Aufmacher der Juni-Ausgabe von "Huginn und Munnin" ist der Artikel "Alle Heiden", in dem u. a. zu lesen ist: "Alle Angehörigen der abendländisch-heimischen Naturreligion sind Geschwister und die Mitglieder einer großen Mitgart-Familie. Was besagt es da schon, daß ein Teil von ihnen noch in der GÖT-

TER-DÄMMERUNG der Fischezeit, und somit im Christentum oder dessen Zwillings, dem antireligiösen kommunistischen Denken befangen sind."

Ander Spitze der ANSE steht Sigrun Freifrau von Schlichting, Chefredakteurin von "Huginn und Munnin". Schlichting, die sich selbst als "traditionelle Germanin" bezeichnet, ist identisch mit Sigrun Schleipfer, Großmeisterin des "Armanenordens" (Köln), dem der Großmeister Adolf Schleipfer, Sigrun Ehemann, vorsteht. Die Armanen sehen sich "als Träger des rassereinen germanischen Mitgartgedankens, dessen Ausdruck nur in den Schöpfern unserer Rasse, den germanischen Göttern zu finden ist".

Die Führung an der Kultstätte am Thorsberger Moor, unternahm Dieter Vollmer (Schleswig), Aktivist des rassistischen "Nordischen Rings" und ehemaliger NS-Publizist. Vollmer, eine der Schlüsselfiguren der rechtsextremen Szene in norddeutschland, fordert in der im Eigenverlag erschienenen Broschüre "Das größere Vaterland" ein vereinigtes germanisches Europa: "In aller Deutlichkeit sei gesagt: Ich bin also mit Jürgen Rieger (neonazistischer Rechtsanwalt und Verteidiger von Alt- und Neonazis aus Hamburg, d. Verf.) der Meinung, daß nicht das ganze Europa uns zum größeren Vaterland werden kann, sondern daß wir mit den uns rassenverwandten, insbesondere mit den germanischen Sprachen sprechenden Völkern unverzüglich möglichst enge Verbindungen pflegen und ein Netz von persönlichen Freundschaften mit Menschen dieser Völker knüpfen müssen, wenn überhaupt noch etwas von unserer eigenen deutschen Wesenheit oder von der flämischen, bretonischen, angelsächsischen, dänischen, norwegischen, schwedischen oder finnischen Wesenheit gerettet werden soll."

Observiert wurde das Treffen der germanophilen Neuheiden von Hans Werner Lepthin, Aktivist der rechtsextremen Sekte "Bund für Gotterkenntnis-Ludendorfer", die in den 60er Jahren bis Mitte der 70er Jahre von den Innenministern verboten war. Lepthin, die Stammestreffler "hinterm Busch verdeckt" beobachtend, scheut sonst nicht das Licht der Öffentlichkeit. So legte er im Beisein der Öffentlichkeit beim 2. Gedenkmarsch für Rudolf Hess im August 1989 an dessen Grab einen Kranz nieder.

Hermann David

Keine Ruhe um "Unitarier"

Es gärt im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV). Wenn auch bisher nur an wenigen Orten, so doch mit Nachdruck. Grund dafür ist die neonazistische Tarnorganisation "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR), deren Unterorganisation "Hilfswerk der Unitarier" seit 20 Jahren Mitglied im DPWV ist. Immer mehr Mitgliedsorganisationen des DPWV halten es für einen Skandal, daß sich die DUR aufgrund ihrer Verbindungen zum DPWV den Mantel der Seriosität überstreifen und noch dazu Gelder aus Wohlfahrts- und anderen öffentlichen Mitteln eintreiben kann. Bei der DUR handelt es sich um eine völkisch-rassistische Sekte, die sich nach dem Zusammenbruch des Naziregimes unter maßgeblicher Beteiligung von wichtigen Funktionären und Ideologieträgern aus NSDAP, SA und SS zu ihrem heutigen Bild geformt hat. Aktuell sind der DUR bis heute zahlreiche personelle und organisatorische Querverbindungen zum bundesdeutschen Neofaschismus nachweisbar. Besonders die Veröffentlichungen der Bonner 'Initiative gemeinsam gegen Neofaschismus' haben zur Entlarvung der mehr im Stillen, dafür aber sehr rege agierenden Nazi-Sekte gesorgt (vgl. dazu Rechter Rand April/1990 und Novem-

ber/1990). Versuche, die KritikerInnen auf gerichtlichem Wege mundtot zu machen, sind für die DUR zum Eigentor geworden. Im letzten Jahr sahen sich nun auch DPWV-Bundes- und Landesleitungen gezwungen, Stellung zur DUR zu nehmen. Erstes Murren von der Basis war offenkundig der Grund dafür. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Bundes- und Landesvorstands NRW, legte Ende 1990 einen Prüfbericht zur DUR vor, der sachkundigen LeserInnen eher peinlich, denn als um Wahrheitsfindung bemüht erscheint. 14 Seiten lang wird um den heißen Brei herumgeredet oder verharmlost. Mag die Intention der AutorInnen dabei die Beruhigung gutgläubiger Mitglieder gewesen sein, die Basis jedoch muckt weiter auf. Daß dies bisher erst an wenigen Orten geschieht, liegt vor allem daran, daß der DPWV selbst in seinen verschiedenen Veröffentlichungen das Thema DUR (abgesehen von einer einzigen winzigen Ausnahme im April letzten Jahres) stringent verschweigt. Informationen über den wahren Charakter der DUR "sickerten" über andere "Kanäle" in den DPWV ein und zeigten mittlerweile Wirkung:

In Schleswig-Holstein tagt seit Monaten auf Landesebene eine DPWV-interne Arbeits-

gruppe zur DUR, die hart am Thema bleibt. Verschiedene Presseveröffentlichungen in Kiel haben das Problem DUR und DPWV inzwischen öffentlich gemacht und erschweren so ein Kleinkochen des Themas. In NRW haben VVN-BdA Kreisvereinigungen dazu Vorstöße unternommen. Eine Veranstaltung mit Peter Kratz von der Bonner 'Initiative gemeinsam gegen Neofaschismus' in Hagen, von der dortigen VVN-BdA organisiert, verlief recht stürmisch, weil auch DUR-Leute angereist waren. In Folge der Veranstaltung will die VVN-BdA Hagen alle Hagener DPWV-Mitgliedsorganisationen mit Informationsmaterial über die DUR beschicken, um die Verbandsbasis dort aufzuklären. In Bielefeld führte die VVN-BdA eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Peter Kratz und dem Bielefelder Geschäftsführer des DPWV durch, zu der alle DPWV-Mitgliedsorganisationen Bielefelds eingeladen waren. Zahlreiche Organisationen erschienen zu der Veranstaltung, andere forderten Informationsmaterial an. Der DPWV-Geschäftsführer, dem zur DUR bis dahin nur der offizielle Prüfbericht des DPWV bekannt war, zeigte sich sichtlich beeindruckt von Peter Kratz' stichhaltigen Ausführungen. "Der Prüfbericht und Herr Kratz scheinen über zwei verschiedene Organisationen zu sprechen" war sein verblüffter Kommentar. Bielefelder Mitgliedsorganisationen, die an der Veranstal-

tung teilgenommen hatten, machten daraufhin die DUR zum Thema auf einer DPWV-Kreiskonferenz und forderten den Ausschluß der DUR-Unterorganisationen aus dem DPWV. Einmütig wurde die Bildung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die der nächsten Kreiskonferenz eine begründete Empfehlung zum Umgang mit dem Problem DUR unterbreiten soll.

Dies alles läuft der demonstrativ nach außen getragenen Meinung von DPWV-Spitzenfunktionären deutlich zuwider. Unmißverständlich äußerten sich noch kürzlich der NRW-Vorsitzende und seine Stellvertreterin, daß das Thema DUR mit dem Prüfbericht für sie abgeschlossen sei.

Die für AntifaschistInnen einzig akzeptable Form des Abschlusses dieser Diskussion kann jedoch nur die Trennung des DPWV von allem, was mit der DUR in Verbindung steht sein. Dies wäre auch ein allgemein-gesellschaftlich wichtiges Zeichen, daß verkappter Rassismus - wie auch immer getarnt - nicht zu tolerieren ist. Hierzu ist allerdings noch viel mehr Druck von der DPWV-Basis in anderen Städten und Ländern notwendig.

Literaturhinweis:

In der Reihe Avanti SCRIPT ist eine 19-seitige Broschüre zur DUR unter dem Titel "Völkischer Rassismus bei den Deutschen Unitariern" erschienen. Die Broschüre ist über Avanti, Fleischhauerstr. 32, 2400 Lübeck zu beziehen

MUT wird Bildungslektüre.

Wird die Zeitschrift MUT des ehemaligen NPD-Mannes **B. C. Wintzek** bald als Bildungslektüre der Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben? Immerhin hat es ihr Autor **Kurt Reinschke** geschafft, seinen in MUT 281/Januar 1991 abgedruckten Beitrag "Menschen, Macht und Moral", an eben jene Bundeszentrale zu verkaufen. Zwar hat er seinen MUT-Artikel umgestellt, aber sonst fast wörtlich übernommen und jetzt in den "Informationen zur politischen Bildung 231, 2. Quartal 1991" unter dem Titel "Was bleibt von der DDR?" wieder abdrucken lassen.

Immerhin erscheinen die Informationen mit einer Druckauflage von 1.4 Millionen (!) Exemplaren, das Heft mit dem Thementitel "Geschichte der DDR" dient für den politischen Unterricht in den Schulen der Republik. Selbst die Quelle des Artikels wird ohne Hemmungen am Schluß des Beitrages mitgeteilt.

Unerwähnt bleibt hingegen die Geschichte dieses Blattes mit seinen vielfachen Eintragungen in diversen Verfassungsschutzberichten. An die Eintragung im Verfassungsschutzbericht des Bundes von 1981 sei aus aktuellem Anlaß erinnert, sie lautet: "Die (...) Zeitschrift 'MUT' hält ihre Leser permanent zu Spenden an. Sie schlug vor, die KZ-Gedenkstätten als 'Schandmale ... spurlos zu schleifen, bevor sich eines Tages der Volkszorn an ihnen vergreift' ('MUT' 2/81, S. 32)." (S. 46) In Ravensbrück hat sich der Volkszorn inzwischen entladen und der SPD-Ministerpräsident Stolpe nennt das "den Fürstenbergern Gelegenheit geben ..., unmittelbar Marktwirtschaft zu erfahren". Da bietet es sich an, Beiträge einer Zeitschrift mit solcher Weitsicht gleich durch die Bundeszentrale zu vertreiben....

Volkmar Wölk

Rudolf Steiner - Freund der Menschen?

Es war einmal in Stuttgart. Im revolutionären August 1919 präsentierte sich einer von tausenden Arbeitern bei Bosch, Delmonte und Daimler als "Arbeiter-Heiland" und sprach zu ihnen über die "Dreigliederung des sozialen Organismus". Die aber mißtrauten diesem angeblichen "Heiland", Rudolf Steiner, der im kommerziellen rätlichen Auto zu seinen Vorträgen angereist kam. Auf Wohlwollen dagegen stießen dessen Bemühungen beim Direktor der Waldorf-Astoria-Zigaretten-fabrik Emil Molt, der später Steiners Hauptmäzen wurde. Molt sollte nicht der letzte Goßindustrielle Förderer der Anhänger Steiners, der Anthroposophen bleiben. Die Waldorf-Schulen sind bleibendes Zeugnis Mäzenatentums. Zu diesen Geldgebern gehören sowohl die Mars-Staedtler-Werke in Nürnberg, der unlängst ermordete Detlef Carsten Rohwedder und besonders Peter von Siemens.

Nun, über potente Geldgeber zu verfügen, ist kein Verbrechen und auch kein Grund, in einer antifaschistischen Zeitschrift behandelt zu werden. Doch gibt es von den Anthroposophen - die sich heute vorzugsweise als die ersten Ökologen präsentieren, da Rudolf Steiner der "Erfinder" der biologisch-dynamischen Landwirtschaft ist - enge Verbindungen nicht nur zu den Grünen, sondern auch zu den Nazis und deren ideologischen Nachfahren im Ökofaschismus. Schon vor 1933 warnte **Ernst Bloch** in seinem Buch "Erbschaft dieser Zeit": "Offenbar verhindert nur der starke Anteil anderer Länder an der anthroposophischen Bewegung, daß diese geschlossen zu Hitler übergeht... Das 'Okkulte' von heutzutage hat ein doppeltes Gesicht, und das faschistische, wie es sich seit 30 Jahren auch hier vorbereitet, gibt nicht die ganze Fülle seines katastrophalen und abergläubischen Ausdrucks." (S. 187f.) **Otto Schily** dagegen stellte zu seiner Zeit als MdB der Grünen fest: "Eine konstruktive Aufnahme seiner (Steiners) Ideen in den gesellschaftlichen Dialog bereits in den 20er Jahren hätte jedenfalls (...) die Katastrophe der Terrorherrschaft der Nazis und des Zweiten Weltkrieges vermeiden helfen." (zit. nach Konkret 3/88, S. 14) Wer hat Recht? Vor die Wahl gestellt zwischen Schily und Bloch, neige ich noch immer zum Letztgenannten. Die Richtigkeit von dessen Einschätzung soll auch durch Steiners eigene Worte belegt werden.

Ein nationalistischer Hetzer

Es ist noch keine zwei Jahre ist es her, als ein Buch eines Anthroposophen bei Anthroposophen einen Proteststurm auslöste. **Prof. Werner Georg Haverbeck**, langjähriger Präsident des "Weltbundes zum Schutze des Lebens" (WSL) hatte im Langen-Müller-Verlag des rechten Medienzaren **Fleissner** das Werk "Rudolf Steiner - Anwalt für Deutschland" veröffentlicht. Der empörte Aufschrei der rund zwanzig deutschsprachigen anthroposophischen Zeitschriften war nahezu einmütig, denn all die mühsamen Tarnversuche als ökologische und reformpädagogische Gruppierung schie-

nen auf einen Schlag gefährdet. Der Sektengründer Steiner war von Haverbeck unverantwortlicher Weise im Wortlaut wiedergegeben worden und zeigte sich nackt im Hemd: als fanatischer Nationalist.

So schrieb Haverbeck: "Rudolf Steiner hat während des Ersten Weltkrieges eine Vielzahl von Vorträgen über die Hintergründe der Zeitgeschichte gehalten und sich unermüdlich um die Wahrheit in der 'Kriegsschuldfrage' bemüht. In dem von ihm als Freie Hochschule für Geisteswissenschaft 1913 in Dornach bei Basel gegründeten 'Goetheaneum' legte Steiner seinen Hörern Landkarten vor, die im Vollzug der 1889 proklamierten Ziele unter Freimaurern kreisten und bereits seit dieser Zeit die Teilung Mitteleuropas darstellten, wie sie nun mit dem Verlust Ostdeutschlands endgültig vollzogen werden soll... Was 1919 durch Versailles noch nicht völlig gelang, wurde 1945 vollendet: die Zertrümmerung Deutschlands... Einig waren sich auch die führenden Kräfte beider Welt-Bürger-Kriegsparteien im Kampf gegen das geistige Deutschland. 'Dieser Krieg war eine Verschwörung gegen deutsches Geistesleben.'

In der Tendenz durchaus richtig referiert der Anthroposoph Haverbeck die Lehre des Begründers der Anthroposophie. Es war die Weltverschwörung der Freimaurer gegen Deutschland, die die Schuld am Ersten Weltkrieg trug. Schade, daß Steiner den Beginn des Zweiten Weltkrieges nicht mehr miterlebte, sonst wäre auch dafür eine autorisierte Erklärung vorhanden. So müssen sich Anthroposophen wie Haverbeck und sein Nachfolger im Amte des Präsidenten des WSL, **Ernst Otto Cohrs** (Rotenburg/Wümme), selbst damit abquälen die angebliche polnische Schuld am Zweiten Weltkrieg zu "Beweisen". Doch zurück zu Steiner selbst. Das von Haverbeck wiedergegebene Zitat findet sich in der Niederschrift eines Vortrages, den Rudolf Steiner am 30.9.1914 gehalten hat. Im selben Vortrag pries er den "Krieg als Lehrmeister der Spiritualität" (Steiner Gesamtausgabe Bd. 174b), in ei-

nem weiteren gar als "Lehrmeister der Selbstlosigkeit" (Steiner GA 174a).

Der Osten habe sich, so Steiner, mit dem Westen gegen die Mitte Europas verbündet, um das dortige Geistesleben auszuschalten. Okulte Kräfte und "westliche Orden" wie die Freimaurer seien eine Verbindung eingegangen. Die Deutschen hätten das "Ich", das wichtigste Wesensmerkmal des Steinerschen Menschenbildes, erst zur vollen Entfaltung gebracht, deshalb die Verschwörung gegen sie. Folgerichtig initiierte Steiner 1921 einen "Aufruf zur Rettung Oberschlesiens".

Haverbeck transferiert Steiners Phantastereien auf heutige Bedürfnisse. Er schreibt ihn fort, aktualisiert ihn. Durchaus im Sinne des Sektenvaters fügt er ihn ein in die neofaschistische Propaganda von heute. Haverbeck, einer der Erstunterzeichner des rassistischen "Heidelberger Manifests", kombiniert immer wieder Ökologie und Rassismus. Auch darin ist der ehemalige Pfarrer der anthroposophischen "Christengemeinschaft" ein getreuer Nachfolger des Sektengründers. Ein Blick auf die von Rudolf Steiner erdachte Entwicklungsgeschichte der Menschheit zeigt es.

Ein rassistischer Hetzer

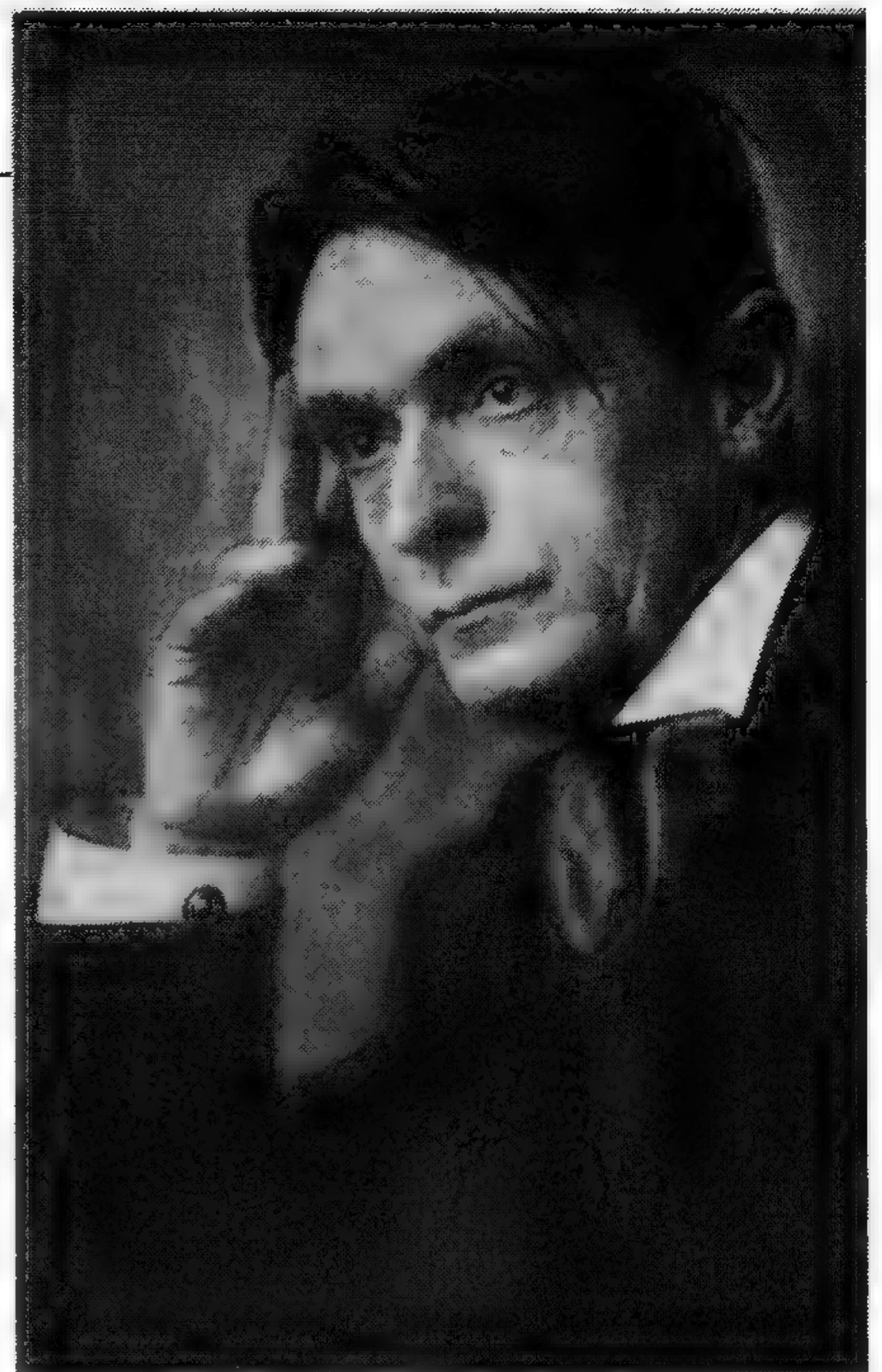
Lang, lang ist es her, etwa 300 Millionen Jahre nach Steiners Vorstellungen, als die erste menschliche "Wurzelsasse, die hyperboräische", auf der Erde auftauchte. Sie sei, so der Glaube der weltweit 47 000 Anthroposophen, noch kaum menschlich gewesen und habe sich aus der Umgebung befruchtet. Ebenfalls kaum menschlich seien auch ihre Nachfolger, die zur polarischen Rasse gehörten, gewesen. Dann taucht in Steiners Welt das sagenumwobene Atlantis als reale Größe auf. Hier entsteht in der Frühzeit die dritte Wurzelsasse, die ebenfalls noch "halbtierisch" ist. So weit, so beknackt. Doch Steiner sieht die Reste der Wurzelsasse noch heute auf der Erde: Es handelt sich um die Buschmänner, Tasmanier und andere Ureinwohner der unterentwickelt gehaltenen Länder des Trikonts. Spätestens hier wird Steiners Lehre endgültig euro-zentrisch und rassistisch.

Erst die Mitglieder der vierten Wurzelsasse, die Atlanter, seien wirkliche Menschen gewesen. Ebenfalls auf dem versunkenen Atlantis hat sich dann bisher höchstentwickelte "Wurzelsasse" herausgebildet: Die Arier. Na, kommt das bekannt vor? Die Japaner, Mongolen und Eskimos gehören danach noch zur vierten Wurzelsasse, die Europäer selbstverständlich zur Fünften. Noch zwei Jahre vor seinem Tod, 1923, schrieb Steiner, die weiße Rasse sei die zukünftige, die am Geist schaffende (Steiner, GA Bd. 349). Die schwarze, braune, gelbe, rote und weiße Rasse repräsentieren nach Steiner verschiedene Alters- und Reifestufen der Menschheit.

Steiner und die Folgen

Bloch hatte eine Seelenverwandtschaft zwischen der okkulten Anthroposophie und der Lehre der Nazis festgestellt. In der Tat wandte sich ein Teil der Anthroposophen begeistert der Hitler-Partei zu; verfügte sie dort doch auch über machtvolle Gönner und Anhänger. In einer Zeit, in der alles gleichgeschaltet und vereinnahmt wurde, was auch nur im geringsten die Gefahr in sich zu bergen schien, oppositionellen Kräften Unterschlupf bieten zu können, konnten die auch so alternativen Waldorf-Schulen nahezu unbedrängt bis weit in die NS-Zeit hinein existieren. Nur in Württemberg, wo der deutschgläubige Theoretiker **F. W. Hauer** Berater des Kultusministers war, litt die Stuttgarter Waldorfschule unter Repressalien. Besonders **Rudolf Heß** war es, der sich immer wieder zum Beschützer der anthroposophischen Einrichtungen aufschwang. Zum Stabe Heß gehörte damals der heute noch aktive **Werner Georg Haverbeck**, der eine rasche Karriere in die Reichsleitung des NS-Studenten-Bundes zum Leiter des Reichsbundes "Volkstum und Heimat" gebracht hatte. Unterstützung für die Anthroposophie gab es aus dem Reichssicherheitshauptamt und von hohen Funktionären der SS, darunter der später als Kriegsverbrecher hingerichtete **Oehlendorff**.

Solche geistigen Verwandtschaften werden von den Anthroposophen heute gerne ver-



Rudolf Steiner

schwiegen. Sie könnten ihrem gewünschten Außenbild als "Grün", "alternativ" und "ökologisch" widersprechen. Ein Bild, an dem mühsam gearbeitet worden war, und das in viele Köpfe Eingang gefunden hat. Nach okkulten Vorschriften biologisch-dynamisch gezogene Landwirtschaftsprodukte wirken unter dem Markennamen "Demeter" als Sympathieträger. Die Waldorf-Schulen präsentieren sich als Alternative zum staatlichen Schulsystem. Nur wenigen Eltern ist bewußt, daß ein rothaariges Mädchen nicht angenommen wird, weil es eventuell eine Hexe sein könnte. Erfolgreich hatten die Achberger Anthroposophen in der Gründungsphase der Grünen mitgewirkt, war der Anthroposoph **Milan Horacek** in den Bundestag geplant, hatten die vorbereitenden Gespräche zur Gründung der "Sonstigen Politischen Vereinigung" "Die Grünen" im Collegium Humanum des Anthroposophen Haverbeck in Vlotho stattgefunden. Haverbecks Buch über Steiner drohte das mühsam aufgebaute Image zu zerstören. Die Empörung war berechtigt. Erstmals hatte Haverbeck, wenn auch wider Willen, der Demokratie einen Dienst erwiesen.

Deutsche Liga für das Kind

Die feministische antifa Bonn hat sich kritisch mit der Arbeit des Vorstandes der Deutschen Liga für das Kind auseinandergesetzt, der eine ultrakonservative Frauen-zurück-an-den-Herd-Politik propagiert und etwa gegen Kinderkrippen mobil macht! So schrieb Liga-Vorstandsmitglied Professor **Johannes Pechstein** in der von Rechtsextremisten durchgesetzten Zeitschrift MUT: In einem gewissen Umfange könne zwar auf Kinderkrippen nicht verzichtet werden, dieser "sollte jedoch insgesamt etwa zwei Prozent der Kinder unter drei Jahren nicht überschreiten." (MUT, Nr. 274, Juni 1990, S. 50) Jetzt plant der Liga-Vorstand gar einen Artikel aus MUT, **Herbert Huber**: "Mutterschaft und Familienleben" (Nr. 280, Dezember 1990) als Sonderdruck herauszugeben. Der Präsident der Liga, **Conrad**,

betätigte sich auf der Vorstandssitzung am 13.1.90 als Werbeträger für MUT (die bis heute nicht im Zeitschriftenhandel, sondern nur über Abonnement vom Verlag zu haben ist), indem er allen Anwesenden je ein Exemplar verteilte.

Die Bundesregierung hat inzwischen ihr Wissen davon bestätigt, daß das Mitglied im wiss. Kuratorium der Liga, **Ferdinand Oeter**, in Ausgaben "der rechtsextremistischen Zeitschrift 'Nation Europa' Beiträge veröffentlicht hat" und "daß Dr. Oeter 1980 mehrmals vor der rechtsextremistischen 'Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.' gesprochen hat." (Drucksache 11/8278, Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode)

Die inkonsequente Haltung der Bundesregierung, die Liga dennoch weiterhin finanziell zu unterstützen, benutzt der Vorstand dazu,

diesen Sachverhalt als einzigen aus der o.g. Antwort auf die Kleine Anfrage zu verbreiten, die ansonsten ein erhellendes Licht auf die genannten Ligisten wirft.

weitere Informationen:

feministische antifa Bonn
c/o Nora-Frauenbuchladen, Wolfstr. 30,
5300 Bonn 1,

Recherche

Zwei unserer AutorInnen haben um Hilfe gebeten. Sie suchen Informationsmaterial zum Grabert/Hohenrain-Verlag, bzw. zum Themenkomplex der Nazi-Fluchthilfeorganisation ODESSA. Materialien oder Kontaktaufnahme bitte über unsere Postfachadresse.

Werner Georg Michael

EOC: Anthroposoph und Neofaschist

Rotenburg an der Wümme hat eine Menge zu bieten: Viel Landschaft, einen der ersten REP-Kreisverbände Niedersachsens, einen der wenigen kommunistischen Stadtverordneten dieses Bundeslandes, den Sitz der "Stillen Hilfe", einer Hilfsorganisation für inhaftierte Nazi-Kriegsverbrecher. Und nicht zuletzt den Versandhändler für biologischen Gartenbaubedarf Ernst Otto Cohrs in der Nähe des Bahnhofs, dessen Inserate in nahezu jeder ökologischen Zeitschrift zu finden sind. Cohrs gehört zur inoffiziellen Prominenz des Ortes.

Kaum eine Woche vergeht, in der nicht mindestens einer seiner Leserbriefe in der jeglichem rechten Gedankengut freundschaftlich verbundenen Rotenburger Kreiszeitung erscheint. Doch auch überörtlich hat sich Cohrs einen Namen gemacht. Schließlich ist er seit September 1989 Präsident des "Weltbundes zum Schutze des Lebens", eine der ältesten Umweltorganisationen der Bundesrepublik und einst auch eine der einflussreichsten und mitgliederstärksten.

Seit mehr als einem dutzend Jahren gehört Cohrs dem Präsidium dieses Verbandes an, einem Konglomerat aus Anhängern der sozialdarwinistischen Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells, alten Bündischen, Anhängern der Strasser-Bewegung, Deutschgläubigen, Geschichtsrevisionisten, konservativen Umweltschützern und nicht zuletzt Anthroposophen. Zu letzteren zählt sich auch Ernst Otto Cohrs seit seine Austritt aus der evangelischen Kirche 1961. Anthroposophen sind nach den Vorschriften ihrer Lehre stets zur Wahrheitssuche verpflichtet. Als besonders eifrig darin erweist sich Cohrs, der politische Zusammenhänge und Hintergründe selbst dort entdeckt, wo andere sie nicht einmal vermuten. Seine zahllosen Leserbriefe bieten dafür ebenso Zeugnis wie seine Artikel in diversen neofaschistischen Publikationen. Besonders wichtig ist ihm die "Wahrheit" in der Geschichtsschreibung. Diese von Cohrs vertretene "Wahrheit" ist in ihren Grundzügen deckungsgleich mit den Standards des Neofaschismus: Deutschland ist unschuldig am Zweiten Weltkrieg und Opfer einer Verschwörung geworden. So heißt es im Aufruf zur Gründung einer Kommission, initiiert durch den "Deutschen Rechts- und Lebensschutz-Verband" des verschwörungstheoretischen Verlegers **Rudolf Bohliger**: "Aus diesem Grunde sind wir dabei, das in vielen Veröffentlichungen verstreute Material zur Frage der Mit- oder Hauptschuld Polens und Englands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges... zu sammeln, zu ordnen und im Rahmen einer umfangreichen Stellungnahme auszuwerten." Zu den Erstunterzeichnern gehören neben Cohrs zahlreiche Personen aus seinem engeren Umfeld. Wir finden dort den ehemaligen Studiendirektor und Geschichtsrevisionisten **Ernst Günter Kögel** (Remscheid), den Vorsitzenden der "Vereinigung Gesamtdeutsche Neutralität", wie den führenden Funktionär der "Deutschen Freiheitsbewegung" **Remers**, **Georg-Albert Bosse**. **Pierre**

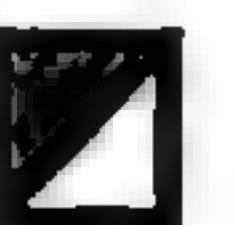
Krebs vom Thule-Seminar in Kassel gehört ebenso zu den Aufrufern wie **Adrian Preißinger** von der "Nation", dem Blatt der REP- und NPD-Dissidenten "Deutsche Allianz". Es fehlen dabei selbstverständlich auch nicht Namen aus dem revanchistischen Spektrum wie die von **Annilise Schepke** (Kiel) von der "Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer" und **Dr. Alexander Schiedewitz** (Bad Zwischenahn) nicht. Einige der genannten, besonders **Kögel** und **Schiedewitz**, arbeiten auch an anderer Stelle mit Cohrs zusammen: im "Weltbund zum Schutze des Lebens" und der ihm nahestehenden Heimvolkshochschule "Collegium Humanum" in Vlotho.

Diese Zusammenarbeit zwischen Cohrs und dem gesamten neofaschistischen Spektrum ist kein Einzelfall. **Adelheid Klug**, die Vorsitzende der "Stillen Hilfe", gehört nach Auskünften aus Rotenburg zu seinen Bekannten. Da **Franz Schönhuber** den "Fahrkartenschalter nach Canossa" für geschlossen erklärte, nahm Cohrs auch an mindestens zwei Veranstaltungen der REP in Eystrup und Worth teil. Dem "Stürmer fürs Kinderzimmer", dem österreichischen Neonazi-Magazin "Sieg", diente er als Informant. Ein "Offener Brief" an die Mitglieder der Bundesversammlung gegen Richard v. Weizsäcker wurde in großen Auszügen im solidaristischen Informationsdienst "DESG-inform" nachgedruckt. Wird er wegen eines Leserbriefes angegriffen, in dem er Winston Churchill als "Hauptkriegsverbrecher" bezeichnet (Rotenburger Kreiszeitung vom 13.2.90), so springt ihm prompt jemand unterstützend bei. In diesem Falle ist es **Karl Phillip** (Bad Reichenhall), Mitglied der Kleinpartei "Die Deutschen", des Vorstandes der "Vereinigung Gesamtdeutsche Politik" und Autor in "Sieg", der "zufällig" auf der Rückreise von einer Veranstaltung mit **David Irving** in Dresden in Rotenburg übernachtete. Phillip zitiert in seinem Leserbrief zustimmend David Irving: "Der Holocaust an den Deutschen in Dresden war echt. Der an den Juden in den Gaskammern von Auschwitz ist frei erfunden."

Nach den Verschwörungen der Vergangenheit folgen die der Gegenwart. Cohrs entdeckt eine Verschwörung der USA, Großbritanniens, Frankreichs und nicht zuletzt Israels gegen den Irak, die sich aber letztlich eben auch wieder gegen Deutschland richtet. In den "Lebensschutz-Informationen" (Jan./Febr. 1991) des WSL schildert er vier Elemente der

durch die planetaren Bösewichter angestrebten Neuen Weltordnung. Neben der Technologie-Kontrolle und der Kontrolle der Rohstoffe ist dies als drittes Element die "Kontrolle der Nahrungsmittel". Nach Cohrs soll "die Weltproduktion von Getreide... auf die USA, Kanada und Australien konzentriert werden.". Dieser "Nahrungsmittelkontrolle" soll als viertes eine "Reduzierung der Bevölkerung" folgen. Originalton Cohrs: "Durch die Kontrolle des Technologiestroms, der Rohstoffe und der Nahrungsmittel sollen nur die Menschen überleben können, die den Mächtigen genehm sind.". Zu diesem Zweck müßten heute amerikanische GIs ihr Leben lassen und "nach Plan demnächst auch deutsche Soldaten. Deshalb wohl machte man einen Mann aus Deutschland, **Manfred Wörner**, zum Nato-Chef?". Aufgegriffen wird dieses Szenario sowohl vom "Informationsdienst für direkte Demokratie" der "Artur-Mahraun-Gesellschaft" als auch vom "Deutschen Bund zur Rettung des Lebens", eine Abspaltung von Cohrs WSL. Dort werden dessen Gedanken konsequent fortgesetzt: Die rumänische Regierung unter Ceausescu sei liquidiert worden auf Befehl von außen, da sie keine weiteren Schulden mehr machen wollte und somit der Verwirklichung der von Cohrs geschilderten "Neuen Weltordnung" im Weg stand.

In all dem ist der Anthroposoph Cohrs ein getreuer Jünger des Sektengründers Steiner. Wie er sieht er überall auf der Welt geheime Mächte, die Verschwörungen anzetteln. Bevorzugtes Opfer: Das deutsche Volk. Versuchte Steiner die Schuld der Freimaurer und damit die deutsche Unschuld am Ersten Weltkrieg nachzuweisen, so sieht Cohrs die "Hauptkriegsverbrecher" in der britischen Regierung und die Kriegstreiber in Polen. Schreibt Steiner über die "Mission einzelner Volksseelen im Zusammenhang mit 2er germanisch-nordischen Mythologie", so benennt Cohrs seinen Rotenburger Verlag germansich-traditionsbewußt "Widar". Wo Steiner "ökologisch" als Schöpfer einer okkulten Landwirtschaft wirkte, da tritt Cohrs seine Nachfolge an als Versandhändler für biologischen Gartenbaubedarf und als Präsident des WSL. Autorenkürzel EOC: es steht für Anthroposophie und Neofaschismus.



Lisa Böhne

“Lebensschützer” in Osnabrück und anderswo...

Nach dem Anschluß der DDR soll deren humane Abtreibungsregelung wie andere Errungenschaften (z. B. das Recht auf Arbeit) möglichst schnell “abgewickelt” werden. Die Aussicht auf Neufassung des § 218 brachte die “Lebensschützer” auf den Plan, nach Memmingen mit den wildesten Hoffungen auf Verschärfung benebelte.

Am 5. 6. diesen Jahres konnte frau in allen Gazetten des Landes lesen, daß für den “Stellvertreter” Wojtyla, Abtreibung = Völkermord ist. Im regionalen Monopolblatt “Neue Osnabrücker Zeitung” stand diese Gleichsetzung individueller Notlagen einzelner Frauen, mit systematischer Ermordung von Mill. Menschen um des Profits willen, auf der ersten Seite. Mein Leserinnenbrief gegen diese Ungeheuerlichkeit wurde nicht abgedruckt. Da die deutschen “Hirten” ihrem “Oberhirten” nicht nachstehen wollen, bliesen sie im Rahmen der “Woche für das Leben” ebenfalls zur Hatz auf ungewollt Schwangere. Landauf und Landab wurde, eingerahmt von Vorträgen und Podiumsdiskussionen, eine Plattform geschaffen, die die Diffamierung ALLER FRAUEN als potentielle Mörderinnen ermöglicht. Erweitert wurde die Diskussion um die Variante der ERPRESSER. Damit sind alle Männer gemeint, die keine Strafandrohung wollen und damit potentiell zu jenen zu rechnen seien, die Frauen dahingehend beeinflussen KÖNNTEN, daß sie eine Abtreibung vornehmen lassen.

Von den organisierten “Lebensschützern” fand sich an der Universität Osnabrück bislang nur hin und wieder eine einsames Flugblatt im Treppenhaus. Erst im Zuge der neuen § 218 Debatte konnten wir bei einer öffentlichen Veranstaltung der Fachschaft Katholischen Theologie als Quelle ausfindig machen. Es handelt sich um Prof. Manfred Spieker. Pikanterweise tummelt sich Spieker neben seiner Lehrtätigkeit nicht nur in diversen Organisationen (O.Ton: “Soll ich aufzählen, in wievielen Vereinen ich mich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetze?”), sondern richtet auch, im Auftrage des CDU/FDP dominierten Stadtrates die “Osnabrücker Friedensgespräche” aus.

Während besagter Veranstaltung am 20. Juni durften wir live miterleben, wie der Herr Theologieprofessor verkündete: wenn schon Lebensschutz, dann auch für Fälle von Vergewaltigung.

Zum Vergleich: Ein Interview mit Harald Neubauer (REP) vom 29.1.90, in: Ökologie von Rechts” Jahn/Wehling, Frankfurt 1990, S. 98 f.

“Da gab es Leute in der Partei, und zu denen gehöre ich übrigens auch, die gesagt haben: entweder - oder. Wenn man es der Frau erlaubt, über menschliches Leben im Falle der Vergewaltigung zu verfügen, dann befürworte ich auch die soziale Indikation. Mich interessiert die Frau in diesem Zusammenhang nicht...”

Zum Schluß der Veranstaltung ließ es sich der Herr Professor nicht nehmen, “ALfA” als “Gute Organisation” zu bezeichnen, genauer



gesagt trompetete er dies als Schlußwort in den Saal.

Wer oder was ist “ALfA = Aktion Lebensrecht für Alle”? Zu dieser Organisation und ihrem Bruderverein “JVL” (Juristen-Vereinigung-Lebensrecht) liegt ein Urteil des Landesgerichtes Freiburg vom 29.12.89 vor, welches die Verortung vereinfacht. Darin wird bescheinigt, das beiden das Prädikat “rechte, bis rechtsradikale frauenfeindliche Lebensschützerorganisationen” im politischen Meinungsstreit zugeordnet werden darf.

Allen “Lebensschützer”grüppchen gemeinsam ist ein biologistisches Frauenbild, das hinlänglich bekannt ist und keiner weiteren Erläuterung bedarf.

Zum “Internationalen Tag des Lebens” (1. Juni) ließ “ALfA” ein Propagandaflyer drucken, das durch die Farbgebung der Vorderseite auffällt: Ein knalloranger Embryo (anders läßt die Farbe sich verbal nicht beschreiben), in einer leuchtendblauen Fruchtblase, scheinbar autonom vom mütterlichen Körper, locker angekoppelt wie eine Weltraumfähre an eine ebenfalls knallorange Plazenta. In seriösen Biologiebüchern sind die Farben eines vergleichbaren Fotos weißlich-rosa, wie eben durchblutetes Gewebe gefärbt ist. - Soll damit Autonomie und Eigenständigkeit suggeriert werden, wo in Wahrheit ohne die biologische Leistung des mütterlichen Körpers aus keinem Embryo ein Mensch heranwächst?

Wiewohl ALfA in der Argumentation vorsichtiger geworden ist, nimmt man es mit der Wahrheit auch im Text nicht so genau. In besagtem Flugblatt wird die jährliche Abtreibungszahl für Gesamtdeutschland auf 400 bis 500 000 hochgejubelt. Real lag die Zahl der Abtreibungen für die BRD (In- u. Auslandsabbrüche) 1986 bei 128 000 (vgl.: “Tendenz fallend”, Joachim v. Baross S. 54 ff in: § 218: Zu Lasten der Frauen, v. Paczensky, Susanne u. a. (Hg.) Reinbeck b. HH, 1988)

Die Behauptung, im Herbst 1990 seien 360 000 Unterschriften gegen die Fristenlösung gesammelt worden, mehr als fragwürdig, wenn wir eine belegte Zahl zum Vergleich heranziehen: ALLE “Lebensschützer”grüppchen haben von 81-88, d.h. 7 Jahre gebraucht, um gegen die Finanzierung der Abbrüche durch die Krankenkassen

ganze 307 000 Unterschriften zusammenzubringen (vgl.: ATZE - Nr. 8 1990/S.8). Übrigens lagen die Aufwendungen der Krankenkassen für sämtliche Abbrüche plus Verhütungsberatung, plus Sterilisationen 1984 insgesamt bei ganzen 0,45 % der Gesamtausgaben. (vgl.: extra Sozialarbeit” Nr. 4, 1984, S. 21)-

Neben den Inhalten sind Verbindungen auf Personal und Organisationsebene äußerst aufschlußreich: “ALfA” angeschlossen ist die “Bürgerinitiative für Recht und Ordnung” Tübingen. Für Publikationen dieser Gruppe zeichnet Axel Heinzmann als presserechtlich Verantwortlicher. Herr Heinzmann ist ein alter Kumpan von “Wehrsport-Hoffmann” und Gründer des “Hochschulring Tübinger Studenten”. Anlässlich einer Veranstaltung des “HTS” schlug die Hoffmann-Bande sechs Menschen krankenhaushausreif. Der “HTS” durfte außerdem den Oktoberfestattentäter Köhler (“Ein Einzeltäter”) zu seinen Mitgliedern zählen ...!

Auch eine Nachricht des AStA der Uni-Bonn paßt gut ins Bild (in “AKut” Heft 248, Juni 91). Er berichtet, “ALfA” habe am 1. Juni 91 das gleiche Flugblatt verteilt, das vorher die “Nationalistische Front” verteilt hat. Die von Meinolf Schönborn geführten “NF” hat auch im letzten Bundesverfassungsschutzbericht ihren festen Platz. Als Terrororganisation, die der FAP nicht nachsteht, ist sie jedem/r AntifaschistIn ein Begriff.

Zurück zu den Inhalten: Penetrant wird in Veröffentlichungen der “Lebensschützer” die Schutzpflicht des Staates für das werdende Leben unter Heranziehung des Verfassungsgerichtsurteils von 1975 strapaziert. Dabei wird konsequent der zweite Begründungsstrang dieses Urteils, der die verfassungsrechtlich geschützte Gewissensentscheidung der Frau thematisiert, unterschlagen (vgl.: “Lebensschützer “auf dem Rechtsweg, Monika Frommel, in: Politik u. Zeitgeschehen, 14/90 S.12-20)

So auch in einer halbseitigen Anzeige in der FAZ vom 18.6.91. Unter den UnterzeichnerInnen finden wir auch Herrn Spieker wieder. Als Initiatoren fungieren: “ALfA”, “JVL”, “LGL” (Liberaler Gesprächskreis Lebensrecht), “Pro Vita” (Freikirchliche Initiative für das Leben), “CDL” Christdemokraten für das Leben, die direkte Verbindungsschiene zu den Regierungsparteien.

“ALfA” gibt sich vor allem als christliche Vereinigung. Deshalb möchte ich mit einem Zitat aus der Bergpredigt schließen:

“Hütet euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidung zu euch kommen, inwendig aber reißen Wölfe sind! An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen!” (Matth. 5-7)

Ursel Döhmnn

Familienidylle im Nationalsozialismus - Ein Nest des Widerstands?

Ein Kommentar zu: Claus Mühlfeld / Friedrich Schönweiss:
"Nationalsozialistische Familienpolitik" (Enke-Verlag Stuttgart).

Seit 1989 ergänzt dieses sozialwissenschaftliche Buch den spärlichen Bestand zum Thema "nationalsozialistische Familienpolitik". Es enthält im 1. Kapitel sehr lesenswerte Passagen, wie z. B. die Abhandlung über Ursprünge und Formen des Rassismus im 19. und 20. Jahrhundert, die zum Ergebnis hat, daß Rassismus kein beliebig entstandener Wahn ist, sondern als das Instrument in der Hand derjenigen fungiert, die als Stand, soziale Schicht oder Kolonialmacht ihre Privilegien zu begründen, gewaltsam zu sichern und auszuweiten suchen.

Trotz dieser guten Vorbereitung auf die Frage nach dem nationalsozialistischen Rassismus und seiner Funktion, gerät hier die Argumentation der Autoren ins Schlingern. Denn so, wie sie in diesem Zusammenhang einen zu bildenden "reinrassigen deutschen Volkskörper" als NS-Vision vorstellen, erscheint der Rassismus als eine Ausgeburt eines Vernichtungswahnsinns, der 1933 einsetzte und mit dem Jahr 1945 sein abruptes Ende gefunden hätte.

Das 2. und 3. Kapitel handelt von der "NS-Familienideologie" und der "Familienpolitik im Dritten Reich".

Sie basieren auf einer umfassenden, wenn auch nicht erschöpfenden Quellenanalyse. So werden die wichtigsten familienpolitischen Maßnahmen im Nationalsozialismus auf ideologischer, legislativer und organisatorischer Ebene dargestellt, um sie in ihrer Zielsetzung und Wirkung bewerten zu können.

Allerdings entwickeln die Autoren zur Auseinandersetzung mit der NS-Familienpolitik einen idealisierenden Begriff von Ehe und Familie. Sie nehmen eine "partnerschaftliche Bestimmtheit" von Ehe und Familie an (die seit der Jahrhundertwende die "patriarchale Vielkinderfamilie" abgelöst habe), die schlichtweg als "befriedeter Raum" von "Emotionalität und Intimität" und damit als ein höchst schützenswertes Gut gilt. Die Autoren fragen nicht nach Autorität, Zwang, Herrschaft, Gewalt und Machtkonstellationen auch in der "Gattenehe", sondern sie charakterisieren die Familie in einer Weise, die selbst heute noch utopisch anmutet:

"(...) zunehmende weibliche Berufsarbeit und Qualifizierung sowie die Vereinbarkeit von Familie, Haushalt und Beruf zeichneten sich in der partnerschaftlichen Bestimmtheit der Beziehungen ab."

Diese Perspektive blendet Fragen nach dem Zusammenwirken staatlicher und patriarchaler Herrschaft in autoritären bis faschistischen Systemen aus.

Die Idealisierung der Institution Ehe findet außerdem durch eine Gleichsetzung von Liebe und Ehe über die Begriffe "Intimität" und "Privatisierung" (gemeint ist wohl "Privatheit", d. Verf.) statt. Es mag ja im Glücksfall



stimmen, daß Ehen auf Liebe bauen, aber das interessierte den Staat weder damals noch heute. Vielmehr steht gerade die gesetzlich legitimierte und damit überindividuell normierte Ehe als Institution für Entindividualisierung und normierte Intimität, auf die die Partner sich im Falle der Trauung einlassen

Die Autoren übertragen ohne weiteres ihren vermuteten Angriff des NS-Systems gegen "Autonomiespielräume", die sich Liebe verschaffe, auf die Institution Ehe/Familie. Nirgendwo kommt die Frage auf, ob nicht die Institution Ehe/Familie als erste Absicherung gegen "Ausscheren aus der normalen sozialen Kontrolle" verstanden werden muß. Der Sachverhalt, daß es bis heute keine Möglichkeit zur Trauung gleichgeschlechtlicher Paare gibt, belegt, daß staatlicherseits niemals Liebe, sondern potentieller Kindersegen als "grundlegendes Legitimationsmuster" für die Ehe firmiert. Wenn also die Behauptung zur Diskussion steht, die Familienpolitik des Nationalsozialismus sei ein Angriff auf Liebesverhältnisse gewesen, so hätten sich die Nachforschungen weniger auf die Institution Ehe als vielmehr auf alle nicht legitimierte Formen des Zusammenlebens richten müssen. Die Erkenntnis, daß "Liebe eine Gefahrenquelle (bildet), da sie 'auf Ausscheren aus der normalen sozialen Kontrollverweise', ist keine Besonderheit im NS-Staat, sondern sie gilt solange, wie staatlich sanktionierte Formen des Zusammenlebens den nicht legitimierten Formen gegenüberstehen.

Eine weitere Attacke des NS-Staates gegen die Familie sehen die Autoren in seinem Versuch, "das 'Sozialisierungsmonopol' der Familie" durch "Einvernahme der einzelnen Familienmitglieder durch Organisationen von Partei und Staat" zu unterlaufen.

Leider ist diese Argumentation kaum mehr von der bekannten Polemik gegen "Zwangskollektivierung" unterscheidbar, mit der das Verbleiben der Reproduktionsleistungen in den Familien zu Lasten der Frauen begründet wird. Ein Eindruck, der besonders deshalb entsteht, weil die Autoren nicht in ihre Untersuchung einbeziehen, welche Jugend- und Frauenverbände mit ihren Freizeit- und Sozialisierungsangeboten für Familienangehörige und Ledige durch den NS-Staat verboten und zerschlagen wurden, bis die NS-Unterorganisationen als nahezu einzige (Zwangs)Verbände bestehen blieben.

Offenbar hatten die Autoren tatsächlich die Institution Familie mehr im Blick als Menschen, sonst wären sie wohl kaum dazu gekommen, schon in ihrem Vorwort zu betonen, "daß die NS-Familienpolitik sich nicht auf ein 'Frauenproblem' reduzieren läßt. Die Autoren - zwei Männer - argumentieren auf einer Abstraktionsebene, die das einebnet, was geschlechtsspezifisch, einerseits auf Männer und andererseits auf Frauen bezogen, zur Familienpolitik des Nationalsozialismus zu fragen wäre. Es zeigt sich in dem Buch die Tendenz, "auf Biegen und Brechen" die Institution Familie als eigentliches "Opfer" der NS-Familienpolitik vorzuführen. Der besondere grundgesetzliche Schutz von Ehe und Familie muß offenbar ganz neu, nämlich als Bollwerk gegen die Gefahren des Faschismus, gelesen werden! Die tatsächlichen Opfer des NS-Regimes - ob verheiratet oder nicht - werden zugunsten der Sicht auf die Institution Familie an den Rand gedrängt. "Nationalsozialistische Familienpolitik" ist eines der seltenen Bücher, das diese Thematik behandelt, und es drängt nach nichts weniger als nach einer seriösen Darstellung desselben Themas aus feministischer, linker, statt aus konservativer Sicht.

Anton Maegerle/Sönke Braasch

Eröffnung eines der letzten großen NS-Prozesse in Stuttgart

Unter Protesten von Aktivisten der neonazistischen "Nationalen Offensive" (NO) hat am 26. Juni 1991 vor dem Landgericht Stuttgart im Saal 1 der vermutlich letzte große NS-Prozeß in der Bundesrepublik

Angeklagt ist der 79jährige **Josef Schwammberger**, zuletzt im Rang eines SS-Oberscharführers, wegen Mordes in zwölf Fällen und Beihilfe zum Mord in 40 Fällen, in denen mindestens 3.374 Menschen jüdischer Herkunft getötet worden sein sollen.

Schwammberger wurde 1912 im damals zu Österreich gehörenden Brixen/Südtirol geboren. Im Alter von 21 Jahren trat er 1933 der in Österreich verbotenen SS bei.

In der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft ist über den "mutmaßlichen" NS-Kriegsverbrecher nüchtern nachzulesen: "Von Oktober 1941 bis August 1942 versah er seinen Dienst beim SS- und Polizeiführer (SSPF) Scherner in Krakau. Vom 1. September 1942 bis zum Dezember 1942 war er Kommandant des Zwangsarbeitslagers (ZAL) Rozwadow. Nach der Auflösung dieses Lagers leitete er verantwortlich das Ghetto A in Prezemysl. Von Februar 1944 bis Sommer 1944 war er Kommandant des ZAL Mielec. (...) Alle Orte liegen im ehemaligen Distrikt Krakau/Polen."

Erstmals verhaftet wurde Schwammberger in der Nacht vom 19. auf den 20. Juli 1945 in Innsbruck mit Papieren auf den Namen **Josef Hackl**, Wehrmachtangehöriger im Rang eines Feldwebels. Außerdem fand sich Schmuck im Wert von 50.000 Mark bei dem Verhafteten. Schwammberger alias Hackl gab an, all die Perlenketten, Goldmünzen, Ringe, Uhren und sonstige Pretiosen von Juden geschenkt bekommen zu haben. Dafür fehlte bei Schwammberger die obligatorische Tätowierung der SS. Vor seiner Verhaftung erschien er jedoch noch bei einem Arzt mit einer Entzündung unter dem linken Oberarm.

Im Februar 1948 floh Schwammberger unter ungeklärten Umständen aus der Gefangenschaft in Kufstein. Der Klosterlinie folgend entkam der vormalige Oberscharführer nach Argentinien. Erste Fluchtstation war Brixen, weitere Klöster folgten. In Bozen, so Schwammberger in seiner ersten Aussage vor dem Stuttgarter Landgericht, verfügte eine "Soldaten-Mutter" über eine Liste von Fluchtwilligen, die an die argentinische Botschaft in Rom weiterging. In Rom stellte ihm das Rote Kreuz einen Paß aus. Weitere Modalitäten wurden von der argentinischen Botschaft in Rom erledigt. Die ersten drei Wochen in der neuen Heimat verbrachte Schwammberger 1949 in einem Immigrantenhôtel, mutmaßlich die Pension Jurmann in der Straße des 5. Juli in Buenos Aires. Diente doch diese Adresse zahlreichen geflohenen Nazis als erste Anlaufstation in Argentinien. Im selben Jahr wie Schwammberger floh **Franz Stangl**, Kommandant des KZ Treblinka, nach Südamerika. Dort arbeitete Stangl als Repräsentant für VW. Nach seiner Auslieferung an die Bundesrepublik schilderte Stangl seinen Fluchtweg: "Ich floh am

30. Mai 1948 aus dem Linzer Untersuchungsgefängnis. Dann hörte ich, daß ein Bischof **Hudal** beim Vatikan katholischen SS-Offizieren half und so fuhr ich nach Rom. Von Hudal habe ich nach einer Wartezeit einen Rot-Kreuz-Paß und Reisegeld bekommen". Weitere prominente Nazis, denen durch katholische Kleriker zur Flucht verholfen wurde waren **Dr. Josef Mengele**, **Adolf Eichmann** alias Ricardo Klement, **Alois Brunner** alias Dr. Georg Fischer, der über Südamerika nach Syrien floh, wo er sich noch heute der Bestrafung entzieht, **Walter Rauff**, "Erfinder" der mobilen Gaskammern und späterer Vertreter der IG-Farben Nachfolgerin Bayer in Argentinien, **Heinrich "Gestapo-" Müller** sowie **Klaus Barbie** alias Altmann. Insgesamt flohen Zehntausende von Nazis und Kollaborateuren aus Österreich, Kroatien, der Slowakei, der Ukraine etc. mit Hilfe des österreichischen Bischofs Alois Hudal. Nach Einschätzung des Hessischen Rundfunks baute Hudal "mit Hilfe des kroatischen Priesters **Draganovic** ein perfekt durchorganisiertes Fluchthilfeunternehmen auf, das unter dem Namen 'Vatikanlinie' in die Nachkriegsgeschichte eingehen sollte." Dr. Krunoslav Draganovic, Priester auf der Religions-Fakultät in Zagreb, diente im Range eines Oberstleutnant als Kaplan im kroatischen KZ der faschistischen Ustascha, Jasenovac, und wurde mit dem Verdienstorden I. Klasse von der Ustascha ausgezeichnet. Hudal selbst, Rektor des Maria-del-Anima-Priesterkollegs und Oberhirte aller Deutschen in Rom (Collegium Teutonicum), hatte sich, so der HR, "seit den 30er Jahren als begeisterter Nationalsozialist hervorgetan".

Die Fluchthilfe des Vatikan geschah unter den Augen des US-amerikanischen militärischen Geheimdienstes Central Intelligence Corps (CIC). 1947 schätzte ein interner Bericht des CIC den Vatikan als "die größte Einzelorganisation, die in die illegale Bewegung von Auswanderern verwickelt ist", ein. Hinter diesem Euphemismus steckte System, war doch die österreichische Sektion des CIC selbst an der Fluchthilfe beteiligt.

Schwammberger lebte von 1965 an unter seinem richtigen Namen und mit argentinischer Staatsbürgerschaft in Argentinien. Beschäftigt war Schwammberger bei einer argentinischen Siemens-Tochter und in einer petrochemischen Fabrik in La Plata. Erst ab 1971 wurde nach Schwammberger mit internationalem Haftbefehl gesucht und schließlich am 14. November 1987 in Argentinien in Auslieferungshaft genommen, nachdem er in einer Pension in Huerta Grande im Nordwesten Argentiniens festgenommen worden war. Anfang Mai 1990 traf er in der Bundesrepublik ein, wo er seine Zeit bis Prozeßbeginn in Stuttgart-Stammheim verbrachte.

Die Anklagepunkte

Die Anklageschrift stellt fest: "In allen Fällen handelte der Angeklagte aus Gering-schätzung jüdischen oder sonstigen aus nationalsozialistischer Sicht sogenannten fremdvölkischen Lebens, in Ausnutzung des Rassenhasses anderer und in bedenken- und gewissenloser Ausnutzung seiner Stellung als Lagerleiter."

Nachzulesen sind in der Anklageschrift unter anderem folgende Taten von Schwammberger:

- An einem nicht genau bekannten Zeitpunkt während seiner Dienstzeit beim SSPF in Krakau erschoss der Angeklagte in Krakau einen namentlich nicht bekannten Juden, weil dieser beim Abladen von Kohle flüchten wollte.

- Am 20. September 1942, dem jüdischen Feiertag Yom Kippur, erschoss der Angeklagte einen Rabbiner namens Fraenkel, weil dieser sich wegen des Feiertages angeblich geweigert hatte zu arbeiten.

- Vermutlich im Oktober 1943 trieben der Angeklagte und mehrere unbekannte Gestapoangehörige mit Hilfe des Hundes des Angeklagten mindestens 15 Männer und Frauen in eine zuvor angezündete Scheune und erschossen ihre brennenden Opfer.

- im Sommer 1943 wurde auf Befehl des Angeklagten ein zuvor geflohener und erneut aufgegriffener Häftling namens Olek Hirschberg im Kasernenhof ohne vorangegangenes Gerichtsurteil erhängt.

- Vermutlich im Januar 1943 erschoss der Angeklagte an einem Morgen einen Juden namens Uri Blum deshalb, weil dieser versucht hatte, am Gettozaun bei einem Polen Wertgegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen.

- Zu einem nicht bekannten Zeitpunkt hetzte der Angeklagte in der ul. Kopernica seinen Schäferhund mit dem Namen "Prinz" auf einen nicht bekannten Mann. Das Opfer starb sofort oder unmittelbar nach der Tat an den Folgen der Hundebisse. Im Sommer 1943 erschossen der Angeklagte und einige Ukrainer mindestens 40 Waisenkinder. Die Leichen wurden anschließend verbrannt.

Über den Verlauf des Prozesses berichten Sönke Braasch und Anton Maegerle in der nächsten Ausgabe.

Quellen:

Covert Action Information Bulletin, Number 25, Special: Nazis, the Vatican, and the CIA, Washington 1986

Pomorin/Junge/Biemann: Geheime Kanäle. Der Nazi-Mafia auf der Spur, Dortmund 1981

I. Razin: Wie US-Geheimdienste und die SS gemeinsame Sache machten, aus: SEMIT 4/89

Peter Schulz-Oberschelp

Weinlage "Endlösung"

Burschenschaften haben Hochkonjunktur / Aufruf für "Projekt Wartburg '92"

Die studentischen Verbindungen und Burschenschaften Deutschlands und Österreichs planen für 1992 ein "Wartburgfest" in Eisenach. Anlaß ist der 175 Jahrestag des ersten Wartburgfestes 1817.

Bereits seit Anfang 1990 sind die Burschenschaften wieder in Eisenach aktiv. Die österreichische Burschenschaft Olympia Wien organisierte dort am 31. März 1990 ein erstes Burschentreffen, das mit dem Absingen der Nationalhymne in ihren drei Strophen endete. **Hans Dietrich Sander** forderte in seinem Festvortrag dazu auf, die kleindeutsche Lösung nur als Wiederbeginnen des Reichs in seiner vollständigen territorialen Dimension als letztlich unabweislichem Ziel zu betrachten, so **Hans-Ulrich Kopp** (Danubia München) in der Jungen Freiheit 3/1990.

1991 feierte die Deutsche Burschenschaft ihren Burschentag zum ersten Mal seit 1935 (!) wieder in Eisenach, im Juni folgte der Wingolfbund mit seinem Wartburgfest. Zwischenzeitlich ist der Burschenschaft ihr Denkmal und ihr ehemaliges Burschenhaus von den Behörden in Eisenach und Erfurt zurückgegeben worden. Für die Sanierung bittet "Nation Europa" unter Angabe zweier Münchner Konten dringend um Spenden.

Waren studentische Verbindungen wegen ihres Zusammenwirkens mit dem NS-Studentenbund während der Weimarer Republik und der zumeist freiwillig erfolgten Gleichschaltung im Faschismus nach dem Krieg verpönt, gelang ihnen im Verlauf des Kalten Krieges in den 50er Jahren in der BRD rasch wieder die Rückgewinnung ihres gesellschaftlichen Einflusses. Im Zuge der StudentInnenbewegung gerieten sie fast zwei Jahrzehnte in die Defensive, manche Verbindung mußte ihre Aktivitas gar mangels Masse zeitweise einstellen.

Das änderte sich in den 80er Jahren. Zeitweise gab das "CV-durchsetzte Bundespresseamt" (Turbo-Lader, in: Capital 5/89) einen "Spiegel der Kooperationspresse" heraus. Die steigende Wohnungsnot hat längst die letzten leeren Zimmer gefüllt. Hinter feudalen Mauer wird der Traum vom Großdeutschen Reich weiter geträumt. "Ein Verbindungsstudent berichtete Capital von einer Weinprobe, die an Adolf Hitler's Geburtstag stattfand und auf der die Weinlage 'Endlösung' serviert wurde." (Capital 5/89) Das studentische Verbindungswesen erweist sich als brisante Mischung aus antidemokratischem Elitedenken, Standesdünkel, Protektionismus und Konservatismus, der im männerbündischen "Lebensbund" gepflegt wird. Es gewinnt zunehmend an Einfluß und versucht, die gesamte Hochschullandschaft nach rechts zu drängen. Um diesen Bestrebungen entgegenzutreten und insbesondere im Zusammenhang mit dem Wartburgfest über altes und neues "Verbindungs(un)wesen" aufzuklären, hat die Geschichtswerkstatt Marburg zur Bildung eines Arbeitskreises "Wartburg '92" aufgerufen. Aufgrund der positiven Reaktion auf den Aufruf fand ein erstes Treffen im Juni in Marburg statt. Referate und Diskussionen beschäftigten sich mit

den Schwerpunkten **Burschen und Vergangenheit und Heutige Bedeutung des Verbindungswesen**. Die Geschichte und die Auseinandersetzung mit eigener Geschichte ist bei den Verbindungen stark durch Legendenbildung geprägt.

- Die Bildung der ersten Burschenschaft wird als Resultat liberal-demokratischer Tugenden verklärt, bei der die nationale Komponente gegen die staatliche Zersplitterung Deutschlands durch den Adel stand. Das "Nationale" wird unkritisch

zum Träger des Fortschritts schlechthin erklärt, reaktionäre Tendenzen, die bei der Bildung der Urburschenschaft ebenfalls vorhanden waren, werden ausgeblendet.

- Die Periode des Wilhelminischen Reiches wird als Anpassung an die vom Bürgertum betriebene Anpassung an die neuen gesellschaftlichen Bedingungen (2. Reich, kleindeutsche Lösung) beschrieben. Das gerade während dieser Zeit die Verbindungen treibender und tragender Kern der antisemitischen Bewegung in Deutschland waren, daß die jüdische Großmutter keine Erfindung der Nazi's, sondern ein Paragraph in den Satzungen vieler Verbindungen bereits vor 1900 war, wird "vergessen".

- Was die Zeit des Faschismus betrifft, so versuchen gerade die Verbindungen sich zu Opfern des NS-Staates, ja fast zu Widerstandskämpfern zu machen. Die eigene reaktionäre Politik während der Weimarer Republik wird dabei ebenso ausgeblendet wie die willfähige Zusammenarbeit mit dem NS-Studentenbund vor und nach der Machtübergabe an die Nazi's. Dabei wird unterschlagen, daß Differenzen zwischen den Verbindungen und dem NS-Studentenbund nicht inhaltlichen Widersprüchen in der Politik entstammten (hier waren die Ziele identisch), sondern dem Alleinvertretungsanspruch des NS-Studentenbundes geschuldet waren.

Das heutige Erscheinungsbild ist trotz der zunächst unüberschaubar erscheinenden Vielfalt des Verbindungswesens (es gibt ca. 1000 Korporationen, die sich in ca. 30 Verbänden zusammengeschlossen haben) durch wenige Gemeinsamkeiten zu charakterisieren.

- Da ist zunächst der Hang zur Elitebildung, der gegen die Massenuniversität und demo-



Die "akademische Elite" - bierselig und nationalistisch

kratische Prinzipien wie etwa "Bildung für Alle" gerichtet ist. "In unserer verweichlichten und auf Besitzstände fixierten Gesellschaft, die wegen Fehlens anderer Ressourcen nur mittels mehr Kopf und mehr Leistung überleben wird, ist die Bildung der Elite erforderlich, die ihre Berechtigung weniger aus alten Ansprüchen, sondern aus Leistung und Charakter ableitet. ... An die Stelle der gleichmacherischen Akademikerschwemme der letzten Jahre muß wieder eine leistungsorientierte Differenzierung treten." (**Dr. Hans-Joachim Harden**, Festrede zum Pfingstkongreß des Coburger Convents, CC-Blätter 3/86, in: Spiegel der Kooperationspresse, 2. Halbj. 1986, April 87, Hg.: Presse und Informationsamt der Bundesregierung).

- Mit dieser Eliteforderung korrespondiert das Prinzip der Seilschaft, der Aufruf, Verbindungsbrüder gezielt einzustellen. "Zum Natur- oder zum Geistes- oder zum Gesellschaftswissenschaftler, zum Mediziner oder zum Techniker wird man an der Hochschule ausgebildet. Zum Akademiker aber bildet man sich im Lebensbund heran." (**H. Kessler**, Vielfalt und Einheit der deutschen Korporationen, in: "Der Convent", Heft 9/1985, S. 198) Mitglied in der Elite wird Mann eben nicht durch fachliche Qualifikation, sondern durch die charakterliche Bildung auf dem Haus!

- Dazu kommt die bekannte Frauenfeindlichkeit der akademischen Männerbünde. Wobei in der Diskussion offen blieb, ob sich diese Frauenfeindlichkeit prinzipiell von frauendiskriminierenden Haltungen unterscheidet, wie sie auch bei Linken anzutreffen sind, oder ob das Frauenbild gerade der Punkt ist, wo Männer unabhängig von politischen

Auffassungen im praktischen Alltag letztlich übereinstimmen.

- Weiter bestehen bei einzelnen Verbindungen direkte Kontakte zum neofaschistischen Bereich (z. B. Danubia München, Germania Köln). Diese direkten Verbindungen erklären sicher auch das frühe Auftauchen von Versatzstücken der Ideologie der "Neuen Rechten" in den Publikationen einzelner Verbindungen. Nationale Identität oder das Europa der Völker (Ethnopluralismus) seien hier als Stichwörter genannt.

Weitere Planungen:

Der Arbeitskreis hat beschlossen, zunächst gezielt weitere Materialien zu sammeln. Verschiedene Verbindungszeitungen sollen in nächster Zeit besorgt und ausgewertet werden.

Im nächsten Jahr sollte an vielen Hochschulorten eine breite Aufklärung über die Tradition und die heutige Stellung der Verbindungen stattfinden. Es wird angestrebt, im Sommersemester '92 verschiedene Veranstaltungen zum Themenbereich an den Hoch-

schulen als reguläre Lehrveranstaltungen zu initiieren.

Der Arbeitskreis trifft sich am ersten Novemberwochenende 1991 wieder in Marburg. Wer Interesse hat, mitzumachen, den AK mit Materialien oder Spenden zu unterstützen, der wende sich an

"Projekt Wartburg '92", c/o Geschichtswerkstatt Marburg e. V., Liebigstr. 46, 3550 Marburg/Lahn.

Andres Garcia

"Deutscher Nationalkongreß" verlegt

Der "Deutsche Nationalkongreß", eine als "internationales" wissenschaftliches Symposium verkleidete rechtsextreme Veranstaltung, wurde vom 21.9. auf den 7.9.91 vorverlegt, und findet nicht mehr in der Bonner Beethovenhalle, sondern in Veitshöchheim bei Würzburg statt.

Im Einladungsschreiben empören sich die Veranstalter über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie: "Bedeutet diese Verträge, daß nach 45 Jahren beharrlichen Widerstandes von Staatsmännern die Deutschen ihre Ostprovinzen endgültig und für immer verloren haben?". Damit ist offensichtlich, was diese Herren mit diesem "Symposium" bezwecken, nämlich "unseren Landsleuten im Osten und der Öffentlichkeit/den Politikern zeigen, daß eine kurzsichtige Politik des Verzichts keine dauerhafte Aussöhnung erwirkt".

Der Initiatorenkreis der "Nationalkongreß" ist identisch mit dem, der schon am 3.11.90 in Koblenz einen Kongreß "Initiative Deutschland '90" unter konspirativen Umständen veranstaltete. Eingeladen hatten nach Koblenz die im rechtsextremen Bereich anzusiedelnden Zeitungen "Junge Freiheit" aus Stegen, "Wir selbst" aus Koblenz und die in "Zeitenwende" umbenannte Zeitschrift "Europa" aus Wesseling. Die Leitung des Kongreß "Initiative Deutschland '90" hatte der Wesselingener **Harald Thomas**, der sich um die Vernetzung und den Aufbau einer rechten Infrastruktur bemüht und als Redner die Notwendigkeit unterstrich, "die vielfältigen Kräfte des deutschen Patriotismus zu koordinieren, ohne in den Fehler der Vereinsmeierei zu verfallen". Einigkeit gab es unter den Initiatoren bei den Themen "Nationale Identität, Ablehnung der Tendenz zu einer multikulturellen Gesellschaft, Volksgruppenproblematik und Kritik des Liberalismus".

Mit dem "Nationalkongreß" im September, zu dem unter der Kontaktadresse des antisemitischen Pfarrers **Wolfgang Borowsky** eingeladen wird, soll wohl die Vernetzung weiter vertieft werden. Bis Mitte Juni hieß es noch, daß "die Organisation und Durchführung der Veranstaltung die Zeitschrift "Zeitenwende", deren Herausgeber das National-europäische Jugendwerk e.V. (NEJ) ist" übernimmt. Doch deren Schriftleiter und Geschäftsführer Harald Thomas hat mittlerweile offenbar kalte Füße bekommen. Seit Juli 1991 läßt er sich in Sachen "Nationalkongreß" verleugnen. Grund dafür sind seine verzweifelte Bemühungen sich, sein "Bil-

dungswerk" (NEJ) und die Zeitschrift "Zeitenwende" vom Rechtsextremismus-Vorwurf freizuhalten, um seine "seriöse, konservative" Tarnkappe zu wahren. Dies wurde nötig, seit in der Lokal-Presse berichtet wurde, daß nach Angaben aus Kreisen der rechten Szene die FAP beim "Nationalkongreß" den Saalschutz besorgen sollte. Schwarz auf Weiß wurde für den "Nationalkongreß" im internen Mitteilungsblatt der militanten "Nationalistischen Front" (NF) geworben. Pfarrer i.R. Borowsky, der diesen Kongreß in Veitshöchheim durchführen wird, und des-



Bekommt kalte Füße: Harald Thomas

sen Angelegenheiten bisher von Harald Thomas energisch vertreten wurden, ist Mitglied gleich mehrerer rechtsextremistischer Organisationen, u.a. der "Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß" und des rassistischen "Schutzbund für das deutsche Volk" (SdV). Doch am schlimmsten sind seine Bücher, in denen er seine antisemitisch-apokalyptische Verschwörungstheorie ausbreitet. Kostprobe aus seinem 1985 erschienenen Buch "Kommt Luzifer an die Macht?": "So wie heutige Terroristen ihre Vorläufer in jüdischen Terroristen im zaristischen Rußland hatten, ha-

ben die heutigen Nihilisten, Anarchisten und Chaoten usw. Vorläufer in dunklen religiösen Bewegungen des Judentums" ... "Jüdischer Terror wütete grausam nicht nur in Rußland und Israel, sondern auch auf internationaler Ebene, und dies noch heute" ... "Den zweifellos größten und unheimlichsten Einfluß hatte die Gruppe, die als Phänomen in der Musikgeschichte gilt, die Beatles. Der einflußreichste Beatle war (Anmerkung: der Jude) John Lennon".

Harald Thomas bleibt im Moment nur die Flucht nach vorn. Er distanziert sich in einem Schreiben an die "Antifaschistischen Nachrichten" von rechtsextremen Anliegen und auch vom "Deutschen Nationalkongreß". Doch dies dürfte ein schwieriges Unterfangen werden. Sein "Nationaleuropäisches Jugendwerk e.V." (NEJ) gilt als "Rechte Kaderschmiede".

Bis 1979 wurde das NEJ im Verfassungsschutzbericht von Rheinland-Pfalz geführt. Auf eine parlamentarische Anfrage der SPD zu Harald Thomas und dem NEJ antwortete die Bundesregierung: "Es spricht einiges dafür, daß hinter der Schrift Kreise stehen, die dem ehemaligen 'National-Europäischen Jugendwerk e.V.' (NEJ) angehören, das vor 1987 deutlich rechtsextremistische Züge aufwies." Für das Düsseldorfer Innenministerium gilt "Europa/Zeitenwende" als Organ eines rechtsextremistischen Schulungszentrums.

Der Vorsitzende des NEJ, der Rechtsanwalt **Ludwig Bock**, war Bundestagswahlkandidat der NPD und Verteidiger der Angeklagten KZ-Aufseherin **Hildegard Lächert** im Majdanek-Prozeß. Er vertrat gegenüber dem britischen Fernsehen die Meinung, die Gaskammern seien "möglicherweise erst nach dem Krieg errichtet" worden.

Kurt Ohrowski

Wunsiedel - Bayreuth - 91

Der 17. August 1991 erreichte für den militanten Kern der Neofaschisten die Qualität vor der Antifaschisten seit Jahren warnen. Der Todestag des Hitlerstellvertreters Rudolf Hess wurden von den Veranstaltern **Berthold Dinter** und der Nationalen Liste (Hamburg) systematisch zum Wallfahrtsort für Faschisten ausgebaut. "Wir streben heraus aus dem Ghetto, in das die westdeutsche Rechte sich seit Jahrzehnten hat einsperren lassen. Wunsiedel ist dafür eine große Chance. Dort liegt der Mann, den alle von uns mit großer Ehrfurcht und Hochachtung anerkennen, vom radikalsten Neo-Nazi bis hin zum gemäßigten Republikaner und sogar einigen Angehörigen der CSU. Sein Grab bietet sich an als ein Kristallisationspunkt..." schreibt **Christian Worch** (Co-Anmelder, NL) in der Broschüre "Wunsiedel 90" die neben Videos über den Marsch auch an Oberfränkischen Schulen verkauft wird. Die Tendenz gibt ihnen Recht.

Trotz Verbot des Aufmarsches in Wunsiedel fand bei der kurzfristig angemeldeten "Protest"-sprich Ersatzveranstaltung in Bayreuth eine Verbreiterung des Teilnehmerspektrums und ein Anstieg der Teilnehmerzahl statt. Anmelder war hier der Anwalt **Jürgen Rieger** (Hamburg) persönlich, der die Erlaubnis letztendlich vor dem Bundesverfassungsgericht erstritt. Seitens der Faschisten besteht mittlerweile ein breiter Organisationskern, der diesogenannte "Gedenkkundgebung" vorbereitet.

Über Anrufbeantworter teilte die Nationale Liste den neuesten Stand und den Demo-Ort mit. Vor Ort leitete **Thomas Wulf** "Steiner" (Hamburg) mit **Kai Dalek** (Kronach), ausgerüstet mit Sprechfunkgeräten den Ordnungsdienst. **Sünkel** (Kronach), der zu den bayr. Kommunalwahlen 90 noch für eine Deutsche Jugendinitiative auf der gemeinsamen Liste mit der NPD kandidierte, koordinierte die Fahrradmelder, die sich um die Antifademo bewegten. **Ewald Althans** vom Deutschen Jugendbildungswerk (München, Initiator des "Leuchterkongresses") trifft Absprachen mit der Presse, damit ein Fotograf auf dem Lautsprecherwagen mitfahren darf. **Günther**

Rheintaler und **Gottfried Küssel** (der selbsternannte Kühnen-Nachfolger) der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (Österreich) bilden mit **Christian Worch** die Leitung. Dezent im Hintergrund halten sich **Renate** und **Heinz Reisz** (Langen, der Grabredner von **Rainer Sonntag** in Dresden) sowie der FAP-Bundesführer **Friedhelm Busse**, während Anhänger mit Fahnen und Sprechchören wie "Ausländer raus" und "Rot-



Foto: Power Press O

front verrecke" die Stimmung anheizen. **Meinhard Elbing** (Nationalistische Front, Bielefeld) darf natürlich genauso wenig fehlen wie **Petra** und **Theodor Kotzenbauer** (Wiking-Jugend Nürnberg), die sich wie immer für die Fotoberichterstattung verantwortlich fühlen. **Thomas Stecher**, Mitglied der Nationalen Offensive die gemeinsam mit der Nationalen Alternative (Berlin) zahlreiche Busse nach Bayreuth organisierte, ist mit frisch rasiertem Kopf am Ort des Geschehens.

Darüberhinaus bewahrheitete sich die Einschätzung der Antifas aus den letzten Jahren: Es fand eine Verbreiterung des Teilnehmerspektrums statt. Erstmals beteiligte sich der

Bund Reichstreuer Jugend über **Günter B o s c h ü t z** (Königsfeld), das Berliner Forum über **A. Dunkel** (Berlin-Pankow) und die Kameradschaft Görlitz über **A. Rattun** (Dresden).

Die sich bieder gebende Rudolf Hess Gesellschaft, die 1989 als Nachfolgeorganisation der "Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess", gegründet vom Hess-Sohn **Rüdiger**, kannte dieses Jahr kei-

ne Berührungsängste und rief in ihrem Rundbrief zur Teilnahme sowie zur Kontaktaufnahme mit **Berthold Dinter** auf. Referent bei der Rudolf Hess Gesellschaft ist neben **Alfred Seidel**, **Alfred Schickel**, Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt und regelmäßiger Autor nationalrevolutionären Zeitschriften wie "Europa Vorn", "Zeitenwende" und "Junge Freiheit".

Die wichtigste Entwicklung vollzog sich durch Erweiterung der Teilnehmerzahl aus dem internationalen Faschistenlager. Waren 1990 in Wunsiedel lediglich Beobachter der Szene aus dem Ausland anwesend, so kamen in diese Jahr gut 200 Rechtsextremisten mit Bussen angereist. Die National Front (England) mobilisierte über "Historical Review Press" und reiste mit ihrem Bus tags zuvor über Nürnberg, um das Reichsparteitagsgelände zu besichtigen. **Bert Erikson** vom "Cafe Odal" in Antwerpen organisierte ebenfalls einen Bus und ließ es sich nicht nehmen nach der Bayreuther Demo einen Kranz am Grab von Rudolf Hess in Wunsiedel niederzulegen. Für die internationale Verbreitung des Demo-Aufrufs sorgten u.a.

- **Claude Cornilleau** / Paris von PFNE

- **Pedro Varela** / Barcelona

- **Christian Ruiz** / Madrid, CEDADE

- **Ernst Zündel** / Toronto, SAMISTAD

- **Aldo Monti** / Mailand

Movimiento Politico / Rom

- **Povl Rijs Knudsen** / Aalborg (DK) (Vorsitzender der dänischen nationalsozialistischen Vereinigung).

Insgesamt beteiligten sich 2000 Alt- und Neonazis an der Bayreuther Kundgebung, auf der **Jürgen Rieger** mit seiner einstündigen Rede die meisten eher langweilte. Die anschließende Demonstration ähnelte dem Aufmarsch in Dresden nach der Ermordung **Rainer Sonntags**. Die aus Bonn stammenden "Dresdner Trommlern" und Fanfaren untermalt, Trachten des Bundes Deutscher Mädel umrahmten die große Anzahl von Skinheads in Bomberjacken und Springerstiefeln.

Die in der gleichen Nacht noch stattgefundenen drei Überfälle auf Asylwohnheime in den neuen Bundesländern waren die logische Fortführung dieser "Gedenkkundgebung" mit den laut gebrüllten "Ausländer Raus"-Parolen.

Aus dem diesjährigen Aufmarsch ergibt sich für AntifaschistInnen die Notwendigkeit, zu überlegen, wie diesem "Kristallisationspunkt" der militanten Rechten in Zukunft zu begegnen ist. In diese Jahr wurden auch die AntifaschistInnen mit einem allgemeinen Versammlungsverbot, das sich über drei Tage erstreckte, daran gehindert gegen den Nazi-Aufmarsch in Wunsiedel zu demonstrieren. 2.000 Antifas demonstrierten dennoch in Bayreuth.



Alt- und Jungnazis in Bayreuth

Foto: Power Press O



Hartmut Power Polizei zeigte Flagge ...



Foto: Power Press O

Neben 2.500 AntifaschistInnen, ca. 1500 Faschisten waren im Raum Wunsiedel/Bayreuth anlässlich des "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch"-Rummels einige tausend Polizeikräfte im Einsatz. Neben den üblichen Zivil-Cops waren vor allem der Bundesgrenzschutz und das bayerische Unterstützungskommando, kurz USK, im Einsatz. Während es bei AntifaschistInnen blutige Köpfe aufgrund eines Knüppel-Einsatzes gab, wurden die Alt- und Jung-Nazis freundlicher behandelt. Der leitende Polizeibeamte war desöfteren im munteren Plausch mit Nazi-Anwalt Jürgen Rieger zu beobachten. Dem einen und anderen Polizeioffizier erzählte Rieger seine Ammenmärchen über den "Friedensapostel" Rudolf Hess. Kein Wunder, daß Rieger in seiner Abschlusssrede die wenigen Festnahmen von "KameradInnen" durch die Polizei eher wohlwollend kommentierte und seine Kritik gegen die "vom Verfassungsschutz" richtete, die mit der Absicht "hier provozieren, um im nächsten Jahr verbieten zu können." So ist der Einsatz von Polizeikräften, die ihre rassistische Gesinnung mit dem Aushängen der "Südstaatenflagge" nach außen dokumentierten, sozusagen dienstlich für die Vorherrschaft der weißen Rasse Propaganda führen, nicht als dreister Ausrutscher zu wer-

ten. Im Gegenteil, er paßt exakt ins Bild vom heutigen Rechtsstaat, der antifaschistische Kulturfeste und Demonstrationen repressiv unter Verbot stellt, die das verhindern wollen, was selbst das Grundgesetz zwingend vorschreibt, nämlich das öffentliche Zurschaustellen faschistischer Symbole und die Wiederkehr nationalsozialistischer Propaganda. Dazu zählen im übrigen auch die zahlreichen Gau-Abzeichen, die die Mehrheit der Faschisten an ihren Oberarmen als Aufnäher tragen.

Die verdeckte In-Kesselnahme der Antifa-Demo: vorne USK, behelmt und mit schußwaffensicherer Weste und hinten an die 50 Polizeibullis und das massive Abfilmen und Fotografieren der DemonstrantInnen kann jedenfalls nicht mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung gemeint sein. Da kommt eher das zum Zuge, was die zwei Polizeibeamten mit der Südstaatenflagge am 17.8.1991 zum Ausdruck bringen wollten, daß dieser Staat Sklaven braucht, gut funktionierende, nicht selbständig denkende Menschen, so wie die zahlreichen in Bayreuth ihren Herren den Buckel zeigenden und "Deutschland den Deutschen" rufenden, wohl ahnend, daß sie selber in dem Deutschland nichts zu lachen hätten.

Anton Maegerle und Rainer Fromm

Biographie eines Neonazi: Michael Kühnen

"Der größte, beste und bekannteste Nationalsozialist der neuen Generation, unser Tapferer Kamerad Michael Kühnen ist von uns gegangen." (Flugblatt der Gesinnungsgemeinschaft der NEUEN FRONT)

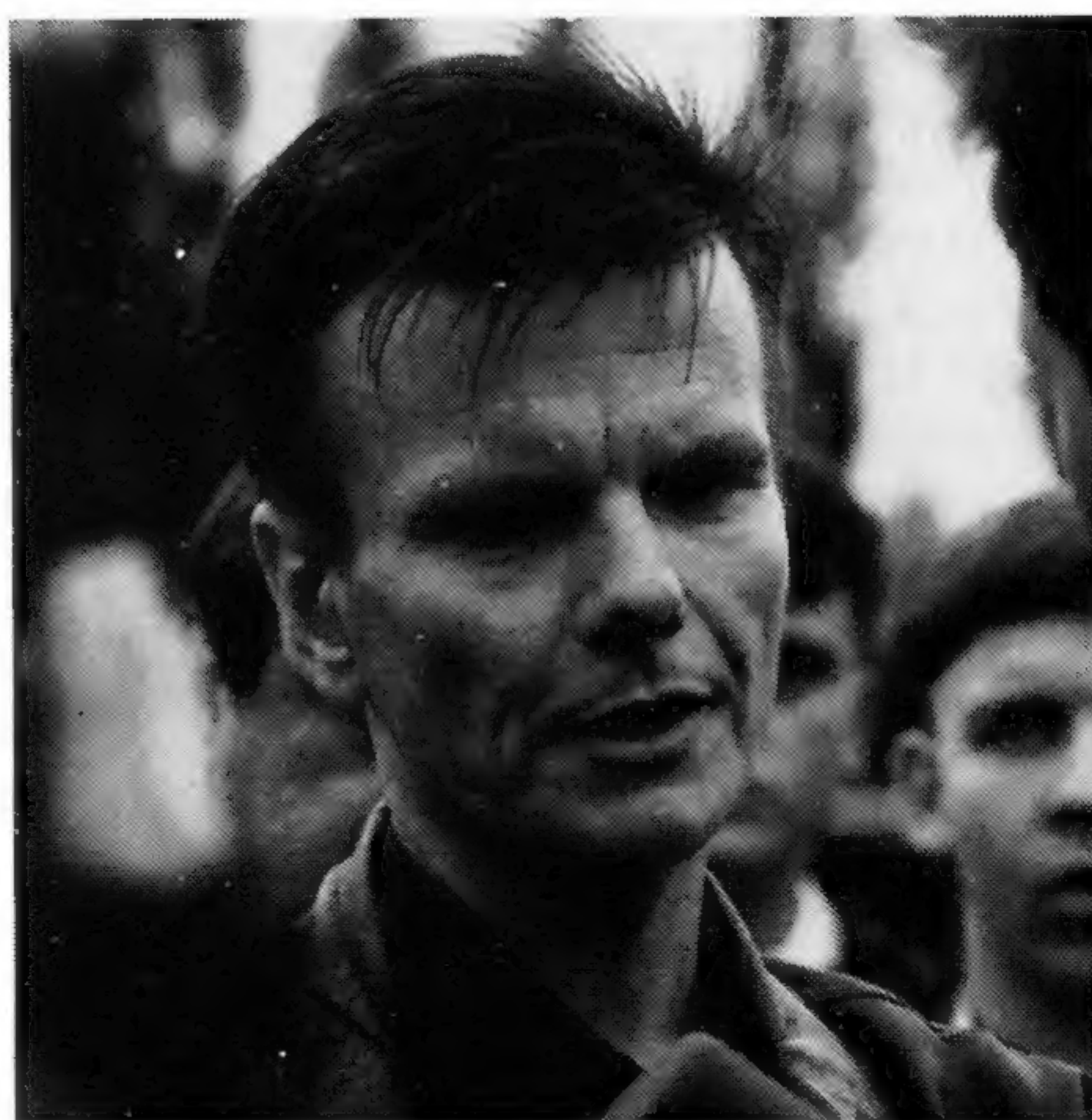
Zur Einäschung Michael Kühnens, des langjährigen Führers und intellektuellen Vordenkers der deutschen Neonazis, fanden sich am 3. Mai 1991 rund 80 Rechtsextremisten in der Hauptfriedhofkapelle in Kassel ein. Sie gedachten des Mannes, der über 15 Jahre hinweg die Medienberichterstattung über den Rechtsextremismus bestimmte.

Kühnen, der wußte, was er den Medien zu verdanken hatte, bekannte Ende der 80 er Jahre gegenüber einem Journalisten: "Die Medien haben mich erst bekanntgemacht und bewirkt, daß man mich ernst nimmt."

Wer war Michael Kühnen?

In seinem Buch "Die Zweite Revolution", das von ihm in der Haftzeit verfaßt und illegal aus dem Gefängnis geschmuggelt wurde, schildert "Chef" (so ließ sich auch Ernst Röhm, 1. Stabschef der historischen SA nennen) Kühnen selbst beispielhaft seinen Werdegang.

So bezeichnet sich der am 21. Juni 1955 in Bonn-Beuel geborene Kühnen als "Kind gutbürgerlicher Familie", "die völlig entsetzt ist über die Aktivitäten ihres Sprößlings." () Kühnens Einstieg in die rechtsextreme Szene beginnt mit 14 Jahren bei der NPD, wo er rasch zum nationaldemokratischen Schüler-sprecher in Bonn aufsteigt. Von der NPD gelangt er zur "Aktion Widerstand" ("Herbert Wehner, Willy Brandt, Volksverräter an die Wand!"), deren "Widerstandsgruß" heute



Michael Kühnen

noch benutzt wird. Aus "taktischen Gründen" tritt er dann der "Jungen Union" (JU) bei, die er nach wenigen Wochen bereits wieder verläßt.

Es folgen Flugblattverteilaktionen für die "Aktion Neue Rechte" (ANR) im Rhein-Sieg-Kreis. Kühnen: "Damals betrachtete ich mich als Faschist, war ein fanatischer Bewunderer Benito Mussolinis, dessen Kampf um die Macht von mir immer wieder mit heißem Herzen nacherlebt wurde!"

Mit 19 Jahren meldet sich Kühnen freiwillig zur Bundeswehr. Zuvor geht er "aus purer

Ratlosigkeit einen Flirt mit dem nationalsozialistischen Kommunismus der neuen (maoistischen) KPD!" ein. Gründe dafür sind der organisatorische Zerfall der ANR und Kühnens verstohlene Bewunderung der "extremen Linken", die wie er die "bürgerliche Ordnung" verachten.

Sein Haß "gilt seither dem liberalkapitalistischen System, das die besten Söhne dieses Volkes gegeneinander hetzt, um sich selbst zu retten". Kühnen: "Wie würde dieses korrupte System zu zittern beginnen, wenn sich nur für einen Augenblick die gewaltigen revolutionären Ströme von rechts und links vereinten und die Besatzerknechte in Bonn, diese Handlanger fremder Interessen, in den Abgrund gerissen würden!"

Vom 1. Juli 1974 bis 1. September 1977 dient Kühnen bei der Bundeswehr, gelangt auf deren Hierarchieleiter bis zum Dienstrang eines Leutnants, und wird schließlich wegen seiner rechtsextremen Aktivitäten entlassen. Obwohl er sich nach eigenen Angaben angeblich in dieser Zeit von der Politik fernhält, beteiligt sich Kühnen bei der "Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" (AVP); zuletzt als 2. Landesvorsitzender in Hamburg und designierter Bundestagskandidat. Während dieses Engagements - die Partei scheitert an der Kandidatur zur Bundestagswahl 1976 - lernt er den 35-jährigen Diplom-Ingenieur

dieses Engagements -die Partei scheitert an der Kandidatur zur Bundestagswahl 1976- lernt er den 35-jährigen Diplom-Ingenieur Wolf-Dieter Eckart kennen, den Leiter des "Freundeskreises der NSDAP", den Kühnen als "den nationalsozialistischen Vorkämpfer" bewundert. Eckart, zuvor Gründer des "Bundes Deutscher Nationalsozialisten" (BDNS), verehrt Hitler "als Heiland" und propagiert den "Hitlerglaube als Religion". Vom BDNS übernimmt Kühnen deren Datierung der Jahresangaben nach Hitlers Geburtsjahr 1889 (1991= 102 J.d.F.), die im heute deutschsprachigen neonazistischen Lager obligatorisch ist.

Nach dem Ende der AVP kommt Kühnens Zeit. Mit zwei weiteren Rechtsextremisten gründet er am 8. Mai 1977 die nationalsozialistische Untergrundorganisation "SA-Sturm Hamburg 8. Mai" (nach außen "Freizeitverein Hansa") im Rahmen der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/ Auslands- u. Aufbauorganisation" (NSDAP/AO). Zuvor hatte Kühnen dem "Freundeskreis der NSDAP" angehört. Am 26. November 1977 geht aus dem "SA-Sturm" zusätzlich als legale Frontorganisation die "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) hervor.

Nach Festnahme ihrer Führungskader ruht die ANS-Organisation von Dezember 1980 bis 30. November 1982. Danach übernimmt Kühnen erneut die Organisationsleitung und schließt im Januar 1983 die ANS mit den "Nationalen Aktivisten" (NA; ehemals Wehrsportgruppe Fulda), unter Führung von Thomas Brehl zur "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) zusammen. Anlässlich der Einigung wird der "Frankfurter Appell" mit den Forderungen "Aufhebung des NS-Verbots/Ausländer-rückführung/Lebens- und Umwelt-schutz/ Kulturrevolution gegen den Amerika-nismus/ Kampf für ein unabhängiges, sozialistisches Großdeutschland" verabschiedet.

Am 7. Dezember 1983 wird die ANS/NA vom Bundesminister des Innern, Friedrich Zimmermann, verboten.

Die Trias Michael Kühnen, Thomas Brehl und Christian Worch wandelt nun die ANS/NA-Kameradschaften in Leserkreise der "Die Neue Front" (NF) (zuvor: "Die Innere Front") um, aus denen Nachfolgeorganisationen (Stoßtrupp Nagold, Stoßtrupp Renchen, Karlsruher Front) der ANS/NA entstehen. Parallel ruft Kühnen seine Mitglieder dazu auf, in die 1979 vom ehemaligen HJ-Mitglied Martin Pape in Stuttgart gegründete "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) einzutreten.

"Freunde und Förderer" (Kühnen) der NF sind u.a. Ritterkreuzträger Otto Riehs, ehemals Aktivist der neonazistischen "Sozialistischen Reichspartei" (SRP) sowie der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) und der letzte Propagandachef im Süden des 3. Reiches, Willi Krämer.

Die Neue Front versteht sich als legaler Arm der nationalsozialistischen Bewegung der neuen Generation und damit als Keimzelle der neuzugründenden NSDAP. Angestrebt wird ein Viertes Reich.

Kühnen: "Das Dritte Reich ist schließlich gescheitert; wir wollen und können es nicht

unverändert restaurieren. Unser Ziel ist nicht die Wiederherstellung des Dritten Reiches, sondern ein Viertes Reich. Seine weltanschauliche Grundlage soll die nationalsozialistische Idee sein, und das Dritte Reich ist uns dabei nur insoweit Vorbild und Beispiel, wie seine Gesetze und Institutionen tatsächlich auf unserer Wert- und Lebensanschauung beruhen."

Die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front steht in der Tradition der SA und des "revolutionären" Flügels der NSDAP. Im Geiste Ernst Röhrs erstrebt sie eine nationalsozialistische "Zweite Revolution" und sieht in Adolf Hitler "die Heilsgestalt der arischen Rasse".

Als Anhänger der NF gelten Angehörige eines Leserkreises der NF oder Förderabonnenten. Aktivisten sind diejenigen, die sich im organisatorischen Kampf für die Verbreitung der Ideen einsetzen.

Kühnen zur Strategie und Taktik der NF: "Auf der Basis des programmatischen Bekenntnisses zum Nationalsozialismus erarbeitet die Neue Front eine klare Strategie sowie Taktik und setzt, darauf aufbauend, eine vorläufige politische Generallinie durch. Sie erstrebt nicht die Sammlung aller deutschen Nationalsozialisten, sondern jener, die bereit sind, sich diszipliniert ihrer Führung und Generallinie unterzuordnen, um so das Ziel der Neugründung der NSDAP zu erreichen. Danach löst sie sich auf, und ihre Kader und Anhänger stellen sich der Partei zur Verfügung."

Leiter der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front waren bisher:

- Mai 1977- Juli 1978: Michael Kühnen
- August 1978 - Dezember 1979: Christian Worch
- Januar 1980 - Dezember 1980: keine anerkannte Führung
- Januar 1981 - November 1982: Ruhen der Organisation
- Dezember 1982 - März 1984: Michael Kühnen - März 1984
- April 1987: Thomas Brehl
- seit Mai 1987: Christian Worch

Organisationsgeschichtlich leitet sich die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front - nach Darstellung Kühnens, der aus rechtlichen Gründen die ANS/NA unterschlägt- her:

- von dem 1968 von Wolf-Dieter Eckart gegründeten und 1969 verbotenen "Bund Deutscher Nationalsozialisten" (BDNS) und dessen Nachfolgebewegung "Freundeskreis der NSDAP"; sowie

- von der 1971 gegründeten und 1973 zerschlagenen Untergrundorganisation "Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland" (NSKG) und deren us-amerikanischer Auslandsorganisation, die unter Führung des amerikadeutschen Gerd Lauck seit 1973 als Auslands- und Aufbauorganisation der NSDAP (NSDAP/AO) arbeitet.

Die NSDAP/AO bildet den illegalen Arm des "Nationalsozialismus der neuen Generation", ist in der Bundesrepublik verboten und arbeitet deshalb im Untergrund propagandistisch gegen das NS-Verbot und für die Neugründung der NSDAP (erstes Ziel). Sie organisiert sich in einer Vielzahl von Untergrundzellen, die untereinander keinen Kontakt halten und von

ihrer Auslandszentrale in Lincoln/Nebraska (USA) angeleitet und mit Propagandamaterial (z.B.: Schallplatten/Toncassetten mit Reden von Hitler und Goebbels, das Liederbuch der HJ, Hakenkreuzanstecknadeln, SA-Anstecknadeln, SS-Runen, Hitlers "Mein Kampf" usw.) versorgt werden.

Mitglied ist, wer sich zur NSDAP/AO bekennt, ihren Anweisungen folgt und Propagandamaterial verbreitet.

Kühnen zur NSDAP/AO: "Sie bekämpfte erfolgreich das fruchtlose Verkriechen und Tarnen von Nationalsozialisten in reaktionären, nationalen Verbänden, vermied jeden Personenkult, widerstand der Versuchung des bewaffneten Widerstandes und betonte strikt die Bedeutung der Partei, ihren Vorrang vor dem Parteiführer und die Notwendigkeit der Parteineugründung."

Als zweites Ziel erkämpfen Kühnens Männer "mit den Zwischentritten der Neugründung der Partei, des machtpolitischen Sieges der nationalsozialistischen Revolution und ihrer Staatsreform und des Aufbaues eines nationalsozialistischen Volksstaates die art- und naturgemäße Hochkultur des Vierten Reiches in einer Neuen Ordnung."

Darunter versteht der "Chef": "Mit dem Ziel der Neuen Ordnung wiederum knüpft die Neue Front schöpferisch an die Tradition der altarischen Hochkulturen an. Das Fundament dieser ursprünglichen, traditionellen, Kulturen bildeten männerbündische Strukturen, organische Gliederung sozialer Gemeinschaften (ursprünglich Kastenordnungen, heute Korporatismus), stabile Herrschaft (ursprünglich Monarchie, heute Führerprinzip), die Familie als Keimzelle der Volksgemeinschaft, Ausrichtung allen menschlichen Einzel- und Gemeinschaftslebens an einem höheren, überindividuellen Prinzip (heute Wertidealismus) und Gestaltung allen Lebens unter dem Formprinzip eines Ritus."

Kühnen weiter: "Neben diese ursprüngliche und neu verstandenen Ordnungsprinzipien der traditionellen Kultur tritt die andere naturwissenschaftliche Erkenntnislehre des Nationalsozialismus, der biologische Humanismus, und ermöglicht so die art- und naturgemäße Einbindung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Mittel der Neuzeit in die traditionale Ordnung, die in der sich vollziehenden Zeitenwende erneuert und zur Neuen Ordnung wird - eine Ordnung, die gleichermaßen Ordnung der Tradition, der Revolution, der Freiheit und der Wiedergeburt der arischen Rasse als Kulturgründer und Kulturträger ist."

Sozialismus definiert Kühnen als "Streben nach Gemeinschaft -beginnend bei Familie, Sippe, Stamm, Betrieb und Stadt bis hin zu Volks-, Kultur- und Rassengemeinschaft."

"Lebensrichtiger Sozialismus" ist nach seiner Auffassung "nur im Rahmen der Nation denkbar: eine art- und naturbewußte Ordnung muß den Völkern zur Nation (Nationalismus) und den Willen zur Gemeinschaft (Sozialismus) miteinander verschmelzen."

Kapitalismus und Kommunismus sieht er als die beiden Erscheinungsformen des internationalistischen Materialismus an, die gescheitert sind bzw. noch scheitern werden, "weil sie die Bedeutung der Rassenmerkmale und der Erbanlagen leugnen".

Wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt..

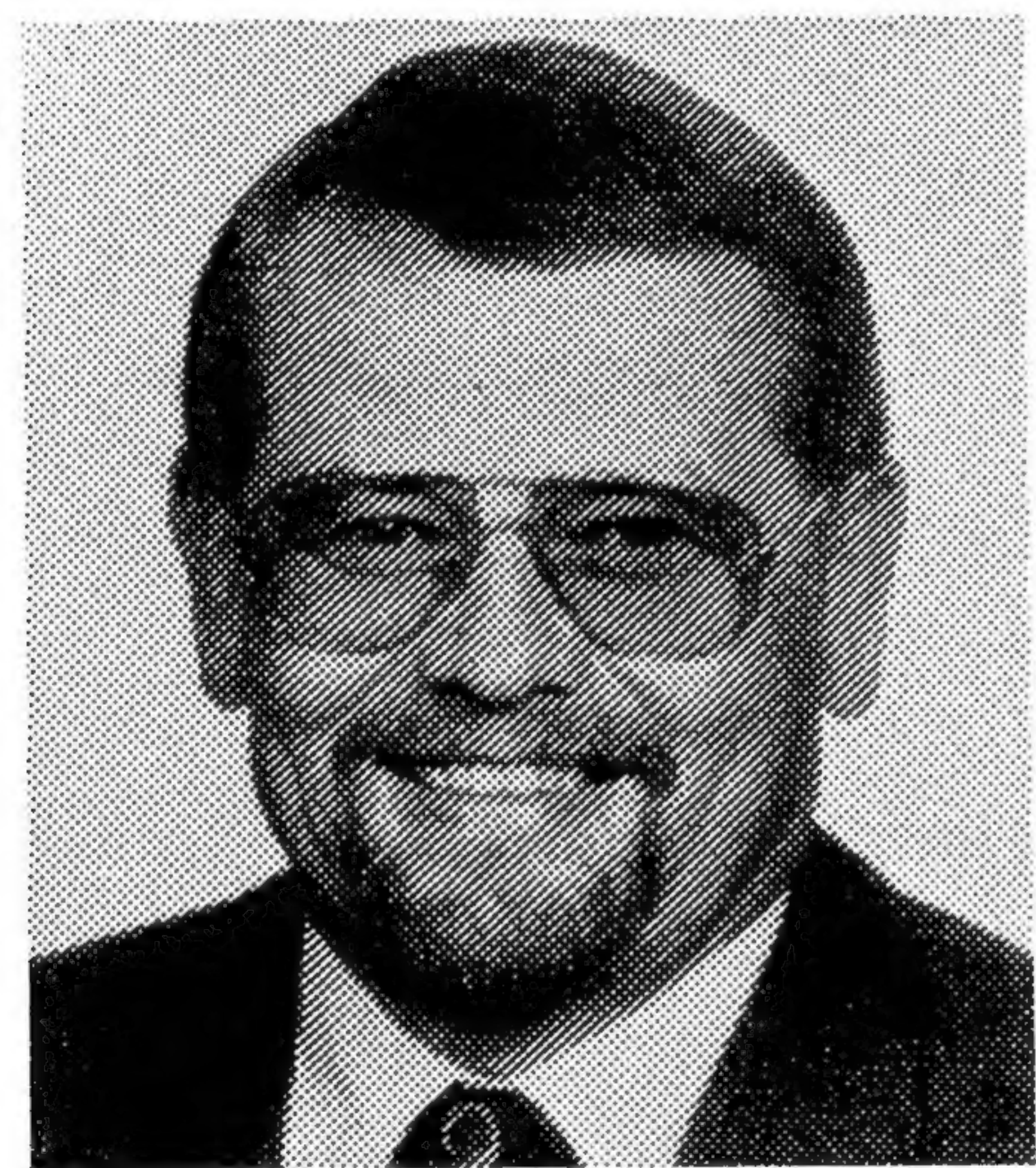
Anton Maegerle

Günter Deckert -

Der lange Aufstieg zum NPD-Bundesvorsitzenden

"'Totgesagte leben länger' will er nicht zur neuen Wahlkampfparole seiner Partei machen, doch den Gerüchten um ihre angebliche Selbstauflösung oder Überführung in eine neue Rechtspartei setzte er ein Ende." ("Junge Freiheit" / Ausgabe Juli-August 1991)

Tatsache ist, daß 76,9% der Delegierten auf dem 24. ordentlichen Bundesparteitag der NPD am 8. und 9. Juni 1991 in Herzogenaurach für den Weinheimer Stadt- und Kreisrat Günter Deckert stimmten, der mit großer Wahrscheinlichkeit die NPD als eigenständige Partei wieder zu besseren Zeiten führen will. Sein Gegenkandidat Jürgen Schützinger, der die älteste rechts-extreme Partei der Bundesrepublik am liebsten sofort in die "Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte" überführt hätte, unterlag mit 21,9% deutlich. Die rund 300 Delegierten verabschiedeten einen Leitantrag des Parteivorstands, in dem es heißt: "Die NPD wünscht Vereinbarungen mit anderen nationalen und demokratischen Gruppierungen mit dem Ziel, zu Wahlen jeweils nur mit einer Liste anzutreten."



Günter Deckert

Deckert's Werdegang

Deckert, am 9. April 1940 in Heidelberg geboren, ist kein Unbekannter im rechts-extremen Netz der Bundesrepublik. Mit 26 Jahren tritt er 1966 in die 2 Jahre zuvor gegründete NPD ein, für die er 1969 erstmals zum Bundestag kandidiert. Ein Jahr zuvor legt er das 2. Staatsexamen in den Fächern Anglistik und Romanistik ab, die er in Heidelberg, Kiel und Montpellier studiert hat. Von 1972-1975 ist er Landesvorsitzender der baden-württembergischen "Jungen Nationaldemokraten" (JN), die er von 1973 bis 1975 als Bundesvorsitzender führt. Ab 1972 gehört er dem Bundesvorstand seiner Partei an. Von 1975 bis 1977 ist er 2. Bundesvorsitzender der NPD. Der Partei-karriere scheint nun nichts mehr im Wege zu stehen. Sein selbstgestecktes Ziel erreicht Deckert jedoch noch nicht. Beim NPD-Bundesparteitag 1979 im baden-

württembergischen Ketsch scheitert sein Putsch gegen den seit 1971 amtierenden Partei-vorsitzenden Martin Mußnug. Deckert unterliegt mit 103:164 Stimmen.

1982 tritt Deckert, Oberstudienrat für moderne Fremdsprachen an einem Mannheimer Gymnasium, aus taktischen Erwägungen aus der NPD aus. Der Disziplinarhof des Mannheimer Verwaltungsgerichtes hebt die im gleichen Jahr erstmals ausgesprochene Suspendierung Deckerts vom Schuldienst auf. Im August 1985 wird Deckert, dem 1980 vom Mannheimer Amtsgericht bescheinigt wurde, seine Redeweise sei "dem Wörterbuch des Unmenschen entnommen", erneutsuspendiert und am 9. November 1988 endgültig aus dem Schuldienst entlassen.

Ins Rampenlicht der badischen Öffentlichkeit gerät Deckert durch den Überfall von Skinheads am 30.1.1988 auf den "Flüchtlings-Container" in Schriesheim bei Heidelberg. 2 Flüchtlinge werden krankhausreif geprügelt, 10 weitere in Angst und Schrecken versetzt. Die Verurteilten erklären, daß sie von Deckert politisch angestachelt und motiviert worden seien.

Rechtsextremer Multiaktivist

Kurz vor seinem NPD-Austritt ruft Deckert 1981 das "Kurpfälzer Treffen" ins Leben, zu dem sich seitdem jährlich alte und neue Rechtsextremisten im Weinheimer Rolf-Engelbrecht-Haus versammeln. Auf dem vorläufig letzten, dem 10. "Kurpfälzer Treffen" am 21.4.1991, stand eine Podiumsdiskussion unter dem Motto "National, rechts - wie weiter" im Mittelpunkt, an der Winfried Krauß, NPD-Fraktionsvorsitzender im Frankfurter Römer und Harald Neubauer von der "Deutschen Allianz-Vereinigte Rechte" teilnahmen.

Neben dem "Kurpfälzer Treffen" hat der rechtsextreme Multiaktivist Deckert am 13.12.1986 die bundesweite Partei "Die Deutschen" gegründet, die er allerdings 1988 bereits wieder verlassen hat.

1987 erscheint seine im Eigenverlag gedruckte Publikation "Asyl gestern und heute", in der er u.a. schreibt: "Man löst jedoch das Weltflüchtlingsproblem (...) nicht, indem man Restdeutschland zu Grunde gehen läßt. Wer dies mit offenen Augen und in Erkenntnis des Sachverhalts zuläßt, duldet und fördert, ist politisch pervers, ist ein Deutschenhasser und Feind des eigenen Volkes. Solchen Leuten das politische Handwerk zu legen, ist eine echte politische Aufgabe der deutschbewußten Kreise im westlichen Teil unseres Vaterlandes."

Im Januar erfolgt Deckerts offizieller Wiedereintritt in den NPD Kreisverband Rhein-Neckar, für den er schon am 22.10.1989 offen als NPD-Spitzenkandidat angetreten war. Zeitweilig ist Deckert, 1975 und 1980 in den Weinheimer Gemeinderat gewählt, gar einziger NPD-Vertreter in den kommunal-politischen Gremien Baden-Württembergs.

Während seiner Abstinenz von der NPD gründeter 1984 auf lokaler Ebene ein "Deutsche Liste", mit der er auch 1989 erneut - mit einem Stimmenergebnis von ca. 11% - in den Weinheimer Gemeinderat einzieht.

In Weinheim, seinem Wohnort, ist Deckert nicht unbedingt eine umstrittene Figur. Geschätzt in örtlichen Vereinen, kann Deckert, der 1979 gar den JN-Bundeskongreß in Weinheim abhielt ("Die Weinheimer wissen, wer ich bin, ich bin kein Reingeplackter, kein zugelaufener Asozialer oder roter Tiefflieger. Ich bin Bürger dieser Stadt.") bei den OB-Wahlen 1986 5,7% (1974: 24,8%) für sich verbuchen.

Deckert, der 1981 zu den Erstunterzeichnern der "Bürgeraktion Ausländerstop" gehörte, die per Unterschriftensammlung Ausländerhaß predigte, vertreibt von Weinheim aus bundesweit rechtsextreme Materialien. So sind über seinen Arbeitskreis "Deutschland ist größer als die BRD" gleichnamige Aufkleber/Sondermarken/Postkarten/Briefumschläge/Hemden/Landkarten zu beziehen. Das Angebot umfaßt desweiteren Bücher zu den Themen "Deutsche Frage", "Deutsche Identität" und "Deutsche Nation". Seit geraumer Zeit wirbt Deckert auch im ältesten bundesdeutschen rechtsextremen Periodicum "Nation+Europa", in dem er auch publiziert, für seinen "Germania Reisedienst" ("Reisen mit Gleichgesinnten"), eine Reiserück-trittsversicherung und Aktivferien/Sprach-ferien für 13-18jährige.

Deckert, Hauptberichterstatte von Le Pen's "Front National" in der Bundesrepublik, schein mit diesen Tätigkeiten noch nicht voll ausgelastet zu sein. So kandidiert er für den Posten des Oberbürgermeisters am 29. September im südbadischen Achern. Das Stimmenergebnis wird Deckert telefonisch abrufen müssen. Der reisefreudige Rechtsextremist weilt nämlich vom 14.09.-30.09. als Reiseleiter der "Türmer-Kulturreisen" in "Südwestafrika".

Fortsetzung von Seite 8

hilfloser Ausländerhaß und eine wachsende Gewalt-bereitschaft.

Gerade die Bedeutung der Erfahrung von Wärme, Anerkennung, Zuneigung, Verständnis und Selbstentfaltungsmöglichkeiten für die Gewalteinschränkung und -vermeidung kann nicht ernst genug genommen werden. Dabei spielt auch das Problem der wachsenden Pluralisierung der Lebensverhältnisse eine wichtige Rolle, führt es doch zu einer neuen sozialen Differenzierung zwischen Kindern unterschiedlicher sozialer Gruppen. Die Ganzheitlichkeit der kindlichen Lebenswelt geht verloren: der Kinderalltag wird dadurch in sozialer, inhaltlicher und räumlicher Hinsicht ausdifferenziert und zerstückelt. Dieser Prozeß der Verinselung (...) macht deutlich, daß Kinder zunehmend mehr an ganz unterschiedlichen Aktivitäten teilhaben, die nicht mehr miteinander in Beziehung stehen. (...) Der Rhythmus der jeweiligen Institutionen bestimmt zunehmend den Alltag der Kinder. Es besteht immer weniger Möglichkeit den Nachmittag frei von institutionellen Vorgaben zu gestalten und am Leben der Erwachsenen teilzunehmen, so daß diese Entwicklung auch als ein zunehmender Ausgrenzungsprozeß von Kindern aus der Welt der Erwachsenen und aus generationsübergreifenden Lebens-zusammenhängen begriffen werden kann, aber auch aus der Welt der Kinder, deren Eltern nicht über die finanziellen Ressourcen verfügen, daß sie ihren Kindern ein ähnlich ausdifferenziertes, breites sportliches, musisches Angebot unterbreiten können. Dies führt vor allem zu einer weiteren Ausgrenzung der randständigen Jugendlichen und Kindern, der Kinder und Jugendlichen in den sozialen Brennpunkten und behebt sie entsprechend der wichtigen Korrektur sozial heterogener Jugendgruppen und -cliquen...

In diesem Kontext gewinnt denn auch die Tatsache zunehmend an Bedeutung, daß die Familie, die Schule, die Kirche im besonderen längst als zentrale Sozialisationsinstanz abgewirtschaftet haben und der informellen Cliques und mehr noch, den allgegenwärtigen Massenmedien zunehmend den Platz räumen. Gerade die informellen Gruppen (Cliques) haben als Bezugsgruppen für die Jugendlichen einen ungeheueren Bedeutungswandel erfahren: Gaben 1962 beispielsweise nur 16 % der befragten Jugendlichen (Jungen wie Mädchen) an, daß sie einer solchen informellen Gruppe angehören, so waren es 1983 bereits fast 57 % und die Zahl ist weiterhin steigend (...).

Es sind somit die alltäglichen Gewalterfahrungen der Kinder und Jugendlichen, die unser Augenmerk bedürfen (...) und weniger die Gewalthandlungen der Jugendlichen selbst, es sei denn, wir sähen in der Tat letztere als Scheinwerfer, die die familialen, schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Unzulänglichkeiten erhellen, wir betrachten sie als Hilferufe und Überlebensstrategien.

Angesichts der hier nur bruchstückhaft aufgezählten und zunehmend massiver werdenden Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft müssen wir uns in der Tat wundern, daß es nicht sehr viel mehr Gewalt von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft zu beklagen gibt. Der Prozeß der Zivilisierung der Gewalt hat Früchte getragen. Dennoch kann uns diese Erkenntnis angesichts der vielen Gewalterfahrungen, die Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft machen (müssen) nicht zufrieden stellen. Um es mit Elias zu sagen: "Es ist eigentlich nicht schwer, zu sehen, daß diese Sinnsperre für einen nicht unbeträchtlichen Teil der jüngeren Generati-

on, sei es durch Gesetze, sei es durch Arbeitslosigkeit oder wodurch auch immer, ein weites Rekrutierungsfeld, nicht nur für gegenwärtige Drogenhändler, sondern auch für Stadtguerillas und für zukünftige Radikalbewegungen überhaupt schafft, ob rechts oder links. Niemand weiß, was auf die deutsche Bundesrepublik zukommt, wenn diese Saat einmal aufgeht".

Wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt.

Literaturhinweise sind bei der Redaktion zu erfragen.



Register zu Eichberg

Seit Frühjahr 1991 ist ein ausführliches Werk über den Sportwissenschaftler und "neurechten" Ideologen Henning Eichberg erschienen:

Frank Teichmann, Henning Eichberg - nationalrevolutionäre Perspektiven in der Sportwissenschaft, Europäische Hochschulschriften, Peter Lang Verlag, Frankfurt, Bern, New York, Paris.

Der Autor hat für dieses Buch die gesamten Veröffentlichungen Eichbergs - auch unter Pseudonym - analysiert und zur Grundlage seiner politischen Einschätzung gemacht.

Dem Buch fehlt jedoch ein Namens- und Organisationsverzeichnis, das auch für AntifaschistInnen interessant sein dürfte, die sich das Buch nicht leisten können. Die fantifa Bonn hat das Namens- und Organisationsregister erstellt (12 Seiten). Es kann unter der Telefonnummer 02241/65733 bestellt werden (Dm 5,- einschließlich Porto).

ABONNIERT DEN RECHTEN RAND!

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen. **DER RECHTE RAND** erscheint zweimonatlich und kann zum Preis von DM 16,- (sechs Exemplare) abonniert werden. Er kommt dann mit der Post ins Haus.

Es gibt zwei Möglichkeiten, den **RECHTEN RAND** zu bestellen:

- ☆ Durch Überweisung von DM 16,- (incl. Porto) auf das Postgirokonto Hannover 44 55 86 - 301 (BLZ 250 100 30)
- ☆ Durch schriftliche Bestellung an die Adresse der HerausgeberInnen:
Der Rechte Rand • Postfach 1324 • 3000 Hannover 1 unter Beilegung von DM 16,- (incl. Porto) oder als Scheck.

Bitte in keinem Fall den Namen und die Lieferadresse vergessen!

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift **DER RECHTE RAND** - Informationsdienst von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____

☐ Ich habe DM 16,- (incl. Porto) Abgebühren überwiesen.

☐ DM 16,- (incl. Porto) als Scheck liegen bei.

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Unterschrift _____